

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921

243 (3.9.1921) Erstes bis Drittes Blatt

Karlsruher Tagblatt

Bezugspreis:
in Karlsruhe frei ins Haus
monatlich 6.— Mf.
in den Ausgabestellen ab-
erholt monatlich 5.50 Mf.
zu Paris durch unsere
Agenturen besond. 6.— Mf.
monatlich durch den Brief-
träger freitagsausgebracht
monatlich 6.— Mf. viertel-
jährlich 18.— Mf.

Anzeigen:
die gew. Nonpareilzettel
oder deren Raum a) lokal
1.40 Mf. b) auswärts 1.60 Mf.
Reklamzettel 5.— Mf.
an erster Stelle 5.50 Mf.
Nebst nach Tarif.
Anzeigen-Annahme bis 12 Uhr
mittags; kleinere Anzeigen
frühestens bis 4 Uhr nachm.

Badische Morgenzeitung Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“ **Badische Morgenpost**

Beilagen: „Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Mode und Heim“ / „Die Scholle“

118. Jahrg. Nr. 243. Samstag, den 3. September 1921 Erstes Blatt.

Aus der deutschen Gegenliste.

Wawa, Leutnant und Führer der Arb.-Komp. bei Momboul (Châlons sur Marne) sperrte schwerkranke Kriegsgefangene tagelang ohne jede Nahrung, im Drillschling, barfuß, in einem mit Wasser angefüllten Unterstand ein, der danach mit Brettern vernagelt wurde.

Prinz Murat, Capitaine und Kommandant des Fort de Savelle bei Verdun, übte bei den Kriegsgefangenen die Prügelstrafe gewohnheitsmäßig aus und ließ die Gefangenen auch von Untergebenen misshandeln.

Oliver, Sergeant der Alpenjäger und Corporal Girard, beide Lager Châtillon-de-Dur, verprügelte auf barbarische Weise die Kriegsgefangenen Unteroffiziere Reiningen und Weirich, sowie die Musikiere Edler und Siegert im Arrest mit Knüppeln und Revolvern.

Oliver, Bauer in Landres, wies den deutschen zur Arbeit kommandierten Kriegsgefangenen über 6½ Monate lang einen Schweinefall als Wohnung an und gab ihnen nur Rüben zu essen. Als sie sich darüber beschwerten, antwortete er, seine Schweine hätten es früher auch nicht besser gehabt.

Pahin, Adjutant bei den Alpenjägern und Leutnant, Sergeant-Major, beide im Lager Sennecey, misshandelten die wegen Fluchtversuchs bestraften Kriegsgefangenen, Unteroffizier Meplet und Gefreiter Karl Mans, im Arrestlokal mit der Peitsche und schlugen sie mit dem Schlüsselknopf, so daß die Wunden noch Verwundung der Strafen noch nicht ausgeheilt waren.

Staatsnotwehr.

Es ist nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht einer Regierung, den Staat mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen, wenn sein Bestand durch Angriff von außen her oder von innen heraus gefährdet ist. Das ist Staatsnotwehr. Von dieser Auffassung ist auch die Regierung Wirth ausgegangen, als sie sich zu Maßnahmen entschloß, gewisse Teile des Volkes in den verfassungsmäßigen Freiheiten einzuschränken. Ueber das Recht zur Abwehr und Notwehr des Staates besteht kein Zweifel. Zweifel bestehen jedoch bei der Frage: wann ist Anlaß gegeben, daß der Staat die Mittel der Notwehr gegen innere Angriffe anwendet? Denn auch darüber dürfte kaum Meinungsverschiedenheit bestehen, daß ein Mißbrauch des Abwehrrechtes, eine Anwendung im unrechten Augenblick des Staates und Regierung Schaden bringen.

Die Reichsregierung glaubt, daß der Mord an dem Abgeordneten Erzberger ihr Grund gebe, Zwangsmaßnahmen anzuwenden, denn, so sagt Reichskanzler Dr. Wirth in Frankfurt, die Republik ist in Gefahr. Man weiß, daß die Reichsregierung ihrem Urteil über die augenblickliche Lage des Reiches nicht ohne äußere Beeinflussung gekommen ist. Die sozialistischen Arbeiterkreise sind der Reichsregierung vorstellig geworden und haben von ihr besondere Maßnahmen verlangt. Die Regierung hat diesem Verlangen nachgegeben. Ein Vorgang, der starke Bedenken hervorruft, zeigt er doch, daß die Reichsregierung im Widerspruch zur Verfassung in ihrer Entscheidung einseitig gehandelt hat. Es wurde in Gemäßheit der Verfassung von den acht Punkten gesprochen, die seinerzeit bei den Anführern im Ruhestand eine Rolle spielten. Damals haben selbst die sozialdemokratischen Arbeiterfreunde den entscheidenden Einfluß in der Regierung verschaffen. Heute ist das gleiche Bestreben wieder deutlich erkennbar.

Mit den Worten: die Republik ist in Gefahr, hat Dr. Wirth die Abwehrmaßnahmen gegen die linken Kreise auf den Rechten begründet und hat damit gleichzeitig die Massen in Bewegung gesetzt, die am Mittwoch in allen Städten des Reiches demonstrieren. Es läßt sich heute noch sagen, ob die Reichsregierung die richtigen Schritte aus dem Mord an Kniebis gezogen hat. Die Sorge ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Reichsregierung aus einer von der Tagesmeinung beherrschten Stimmung zu ihrer Aufhebung gekommen ist, dies um so eher, als sich Dr. Wirth bei seinen persönlichen Beziehungen zu Erzberger durch den Mord selbst auf schwerste Schwierigkeiten stieß. Die Empörung über den Mord an Kniebis und aus politischen Gründen ist berechtigt; menschlich ist der Mord verurteilbar, politisch ist er im höchsten Maße verwerflich. Wir verkennen nicht, daß die fanatischen Mörder durch das, was sie in gewissen

rechtsradikalen Blättern über Erzberger lasen, in ihren Absichten beeinflusst werden konnten. Aber es bleiben trotzdem starke Zweifel, ob die Schlussfolgerungen der Reichsregierung aus dem Mord an Erzberger zu verteidigen sind. Trotz des Mordes kann man die innere Lage Deutschlands auch anders beurteilen, als Dr. Wirth es getan. Es scheint, daß nach altbekanntem Berliner Muster das, was man Reaktion und Gefahr für die Republik nennt, stark übertrieben wird. Aus dieser Übertreibung heraus sind Dinge geschehen, die vielleicht auch Herr Wirth nach einiger Zeit wieder ungeschehen machen möchte. Es wird auch dem Reichskanzler nicht unbekannt geblieben sein, daß die Mittwochsmanifestationen vielfach ganz anderen Zwecken dienlich gemacht wurden, daß neben den schwarz-rot-goldenen Fahnen auch rote Fahnen in den Mägen mitgetragen wurden, daß

aus den Reden unverhohlene Heße gegen das Bürgerium im allgemeinen herausklang. Und mehrfach fiel das Wort von der sozialistischen Republik. Entspricht das den Wünschen von Dr. Wirth?

Dem Reichskanzler wird es hoffentlich auch nicht verborgen bleiben, daß das ruhige Bürgerium den Demonstrationen ferngeblieben ist. Wenn auch die Massen, die in den Straßen marschieren, imponierend wirkten, wenn auch die sozialistische Presse von der Kundgebung der 500 000 in Berlin spricht, so darf der Reichskanzler doch nicht annehmen, daß er damit allein die Republik schützen und stützen könne. Es gibt weite Kreise, die nicht demonstrieren, die trotzdem treu zur Republik stehen und durch stille unverbrochene Arbeit ihre Pflicht gegenüber dem Staat erfüllen. Sie haben vielfach nicht begreifen können, was in den letzten Tagen geschehen ist. In ihnen mußte das bittere

Gefühl emporetigen, als ob von amtswegen nur noch ganz bestimmte Kreise als ordentliche Staatsbürger gelten. Die ruhige Bürgerkraft mißbilligt die Mordtat nicht weniger als die Kreise, auf die sich Herr Wirth stützen will, sie mißbilligt auch das Treiben der Rechtsradikalen ebenso stark wie die Heße der Linksradikalen. Aber sie kann die Auffassung nicht teilen, daß nur lautes Demonstrieren ein Beweis guter Gesinnung ist.

Wir hier in Baden, wir wollen uns nicht den Berliner Maßstab für politische Urteile an eigen machen. Das laute Getöse nach Berliner Art liegt uns nicht, wir fühlen uns trotzdem als gute Bürger der Republik. Wir wünschen und hoffen, daß auch bei Herrn Wirth die ruhige heimische Art in seinem Wesen die Oberhand behält; wir hoffen, daß die Regierung die Waffe, die sie nun einmal ergriffen hat, nicht unter dem Druck der Parteilichkeiten führt.

Reichskanzler-Rede im Reichstagsausschuss.

Der Reichstag hat gewissermaßen als Vertretung während der Verlagerung den sog. Untersuchungsausschuß, den 8. Reichstagsausschuß eingesetzt. Der Ausschuß muß auf Antrag von zwei Mitgliedern einberufen werden. Das ist diesmal durch die Unabhängigen Dittmann und Rosenfeld geschehen mit dem Antrag Dittmann: Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern. In diesem Ausschuß machte gestern der Reichskanzler im Anschluß an die Rede des bayerischen Regierungsvertreters folgende hochbedeutenden Ausführungen:

Dr. Wirth vermahnte sich zunächst gegen die Bemerkung des bayerischen Gesandten, daß die Regierung eine Regierung sei mit der Tendenz nach links. Die Reichsregierung habe sich jederzeit schärfend vor die Weimarer Verfassung gestellt. Selbstverständlich dürften außenpolitische Gesichtspunkte nicht als nebensächlich betrachtet werden. Er erinnere an die oberste Pflicht, die an die Aufhebung der Sanktionen. Es wäre wohl nicht unbedenklich, wenn er feststellte, daß die Reichsregierung in dieser Hinsicht nicht ohne Erfolg gearbeitet habe. Aber es sei traurig, daß er mit Reich nach der englischen Pressewelt hinübersehen müsse, die mit bewundernswürdiger Selbstdisziplin die Außenpolitik ihrer Regierung unterstütze, während in Deutschland selbst Blätter von Ruf die deutsche Außenpolitik aus parteipolitischen Rücksichten sabotieren. Es sei unerfindlich, daß sich zu gewissen nationalitätlichen Veranstaltungen hervorragende Persönlichkeiten an führender Stelle hergeben, die doch früher auch selbst große politische Verantwortlichkeit getragen hätten und im Grunde wären, die verberühmten Folgen ihres Tuns zu übersehen. Jedem, der sein Vaterland liebt, müsse der Versuch einer derart vernünftigen Diskreditierung unserer Außenpolitik insbesondere durch die Reichspressen geradezu ungeheuerlich erscheinen.

Im übrigen habe die Rede des bayerischen Gesandten eine gewisse Schärfe nicht vermischen lassen. Nun sei es noch hervorzuheben, daß er in Deutschland kein anderes Land kenne, von dessen Vertretern bei allen Gelegenheiten immer wieder betont werde, die Reichsregierung sei durch diese oder jene Maßnahme vor eine allzu schwere Belastungsprobe gestellt. Man möge doch einmal die Gesamtlage in Bayern betrachten. Sei denn wirklich Berlin an allen Spannungen schuld, die sich bei den Bayern ergeben? Er, der Kanzler, habe sich stets bemüht, Bayern in jeder Weise entgegenzukommen. Was die Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes betreffe, so hoffe er auf eine Verständigung mit der bayerischen Regierung. Er wünsche durchaus, Konflikte zu vermeiden, die sich aus einer Anwendung des Artikels 48 der Verfassung durch den Reichspräsidenten über den Kopf der bayerischen Regierung ergeben könnten. Die Frage der Reichsregierung sei nicht zu diskutieren. Sie bringe nur unnötige Schärfe in die Sache. Die Frage sei vielmehr, wie man Zwistigkeiten vermeide, nicht wie man sie durchführe. Die Reichsregierung habe bisher nicht ohne Zustimmung der Länder den Ausnahmezustand aufgehoben. Vor Erlass der neuen Bestimmungen sei Bayern allerdings nicht bestraft worden. Er übernehme aber dafür die volle Verantwortung, denn die Eile sei mit Rücksicht auf die politische Hochspannung nötig gewesen.

Es gälte jetzt vor allem, die Quellen der Verberbung zu verkosten. In Bayern sei leider nicht alles geblieben, was nach dieser Richtung hin die Spannungen auszulösen. Es gälte nicht an, daß man linksgerichtete Blätter unterdrücke und nach rechts alle Schichten der Verberbung offen lasse. Er sei in vielen Briefen aus Bayern, auch von hochgestellten Persönlichkeiten, beschworen worden, diesem geant-

Zustande ein Ende zu machen. Die Verordnung, auch das Verbot des Tragens der Uniform, sei als Akt der Notwehr der Reichsregierung erfolgt, um Schlimmeres zu verhüten. Von der großen Erregung, die durch die Arbeiter Deutschlands, auch durch das christliche Volk gehe, habe er sich in den letzten Tagen persönlich überzeugen können. Wenn diese Erregung nicht beiläufig werde, könne es zu einer Parole kommen: „Die Bürgerium! Sie Proletariat!“ Diese sei aber falsch, denn sie beruhe auf falschen Voraussetzungen. Die Regierung werde einer solchen Parole nicht Folge leisten.

Wenn auch das Verbot ohne besondere Rücksicht mit den Landesregierungen erlassen sei, so habe doch keineswegs die Absicht bestanden, die Landesbehörden auszuschalten und eine weitere Unstimmigkeit des Reiches herbeizuführen. Das deutsche Volk müsse sehen, daß die Reichsregierung fest entschlossen sei, die Republik mit allen Mitteln zu verteidigen. Er wolle aufrichtige Verhandlungen versuchen, um jedem Konflikt zuvorzukommen. Und er bitte hierbei auch den bayerischen Gesandten und die bayerische Regierung um Unterstützung.

Der Protest der bayerischen Regierung.

Berlin, 2. Sept. Im Ueberwachungsausschuß des Reichstages führte der Abg. Dittmann bei Begründung seines Antrages u. a. aus:

Die Reichsregierung habe jetzt in der Not zu dem von den Unabhängigen für sehr bedenklich gehaltenen Ausnahmezustand greifen müssen, aber man müsse darauf hinarbeiten, daß dieses Verbot möglichst schnell abgebaut werden könne und durch den allgemeinen neuen Aufbau von Verwaltung und Justiz die Angriffe der Reaktion zunichte gemacht werden. Das allerwichtigste sei aber, daß der Ausnahmezustand in Bayern endlich falle. Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung müsse jetzt die Reichsregierung unbedingt durch Reichsregulativen gegen die Maßregelung einschreiten, wenn Verhandlungen nicht zu einer Einigung führen sollten.

Hierauf führte der bayerische Gesandte von Preger aus: Entweder glaube man, daß die Zustände in Bayern eine solche Festigung angenommen haben, daß man auf den Ausnahmezustand verzichten könne oder man sei der gegenteiligen Ansicht. Der letzteren Auffassung sei die bayerische Regierung und mit ihr der weitest große Teil des bayerischen Landtages. Durch die verabschiedungswürdige Ermordung Erzbergers habe die Reichsregierung sich veranlaßt gesehen, den Ausnahmezustand für das ganze Reich einzuführen. Selbst wenn die Reichsregierung der Anschauung wäre, daß mit der Verordnung des 20. August es möglich sein würde, alle Angriffe gegen die republikanisch-demokratische Staatsordnung von rechts oder links erfolgreich zu begegnen, und daß deshalb die mehrfach weitergehenden bayerischen Bestimmungen nicht mehr erforderlich seien, so dürfte sie aus schwerwiegenden politischen Gründen nicht gegen den ausgesprochenen Willen der bayerischen Regierung zur Aufhebung der bayerischen Bestimmungen schreiben. Der Reichsminister des Innern habe am 28. Juni erklärt, er würde es für unmöglich halten, das von Reich wegen gegen den Machtanspruch größerer Länder der Ausnahmezustand eingeführt oder aufgehoben würde. Er möchte wünschen, daß die Reichsregierung auch jetzt noch auf diesem Standpunkt stehe und sich nicht durch das Treiben gewisser Parteien verleiten lasse, die bayerische Regierung in eine Lage zu versetzen, in der diese genötigt wäre, gegen ihre bessere Überzeugung in einer für Bayern lebenswichtigen Frage sich einem parteipolitischen Machtanspruch einer linksorientierten Reichsregierung zu fügen oder

es auf die berühmte Reichsregulativen ankommen zu lassen. Es war politisch unklug, die Verordnung vom 20. August über den Kopf einer der hauptbeteiligten Landesregierungen hinweg zu erlassen. Es wäre der Gipfelpunkt der Torheit, den Versuch zu machen, darüber hinaus die bayerische Verordnung über den Ausnahmezustand gegen den Willen der bayerischen Regierung aufzuheben. Nicht auf dem Wege des Diktates, sondern nur auf dem Wege des Verhandlens werde es möglich sein, diese die Gefahr schwerer innerer Konflikte in sich schließende Frage in einer für beide Teile erträglichen Weise zu regeln.

Hierauf nahm der Reichskanzler Dr. Wirth das Wort. (Seine Ausführungen bringen wir an erster Stelle. D. Red.)

In der an die Rede des Reichskanzlers sich anschließenden Aussprache betonte Abg. Kahl als Vertreter der Deutschen Volkspartei, daß seine Partei sich auf den Boden der gegenwärtigen Verfassung stelle und auch bereit sei, sie zu schützen und jede Heße gegen diese Verfassung bekämpfe.

Für die Mehrheitssozialdemokraten sprach Abg. Braun, der sich dem Antrag Dittmann anschloß. Die bürgerlichen Parteien dagegen, Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten, grachten folgenden gemeinsamen Antrag ein: Die Reichsregierung wird ersucht, die Verhandlungen mit der bayerischen Regierung über die Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern fortzusetzen und dem Reichstag baldigst Bericht zu erstatten. Die Verhandlungen werden morgen fortgesetzt.

Regierungs-Umbildungen.

Eintritt der Volkspartei in das Reichskabinett?

6. Von unserer Berliner Redaktion wird uns berichtet:

Die politische Lage steht heute im Zeichen bevorstehender oder doch gewinnster Regierungs-umbildungen im Reich wie in Preußen. Im Reichstagsgebäude herrscht reges Leben. Gestern und heute fanden wichtige Besprechungen zwischen den Parteiführern und den Regierungsgestellten statt, und es ist kein Geheimnis, daß die Hauptinitiative von dem Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Stresemann, ausgeht. Freilich ist es sehr fraglich, ob diesmal die Bildung einer breiten Mittelfront von Volkspartei bis Mehrheitssozialdemokraten gelingen wird, da die letztere durch die wesentliche Besserung ihres Verhältnisses zu den Unabhängigen sich in ihrer Parteiposition gehärtet fühlt und für ein etwaiges Zusammengehen mit Dr. Stresemann kaum geringere Bedingungen stellen wird. Andererseits wirken jedoch verschiedene Momente, vor allem außenpolitischer Natur zusammen, um die in Frage kommenden Parteien wenigstens auf die bevorstehenden Herbstkämpfe für eine Kompromisseinigung geneigt zu machen. In Preußen dürfte der Wiedereintritt der Mehrheitssozialdemokraten in das Kabinett gesichert sein. In welcher Weise hier die Umbildung erfolgt, steht aber durchaus noch nicht fest. Der preussische Ministerpräsident Stegerwald weiß darauf hin, daß die Stellung des Ministerpräsidenten doch eine andere sei als die des vom Reichspräsidenten ernannten Reichskanzlers. Der preussische Ministerpräsident wird bekanntlich von den Parteien des Landtages gewählt. Deshalb ist der nächstnötigste Schritt nach der Meinung Stegerwalds eine Neuwahl des Ministerpräsidenten nach der jetzigen Parteikonstellation im Landtag. Von dem Ausgang einer solchen Wahl wird es dann abhängen, ob Stegerwald aus der Regierung austritt, um sich mit ganzer Kraft seinem Essener Volksvereinsprogramm zu widmen, oder mit gestärkter Autorität die preussische Politik weiterleiten wird.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 10 Seiten.

Die Protektionsgebungen der bayerischen Koalitionsparteien.

München, 2. Sept. Die Fraktionen der Bayerischen Volkspartei, der Bayerischen Mittelpartei, der Deutsch-demokratischen Bauernbunds und des Bayerischen Bauernbunds erlassen eine Kundgebung, in der es u. a. heißt: Die unterzeichneten Koalitionsparteien des Bayerischen Landtags bedauern aufs tiefste die Erschütterung der politischen Moral, die sich in einer verwerflichen Verhöhnung gegen Reichs- und Staatsregierung geltend macht. Sie verabsäumen die erbärmliche Mordtat an dem Reichstagsabgeordneten Eraberger und erkennen es als Pflicht der Reichsregierung und der Landesregierungen an, gegen diese Verhöhnung des Volkes mit allen verfassungsmäßigen Mitteln einzuschreiten. Sie halten es aber für eine selbstverständliche Pflicht der politischen Gerechtigkeit wie der Klugheit, daß diese Abwehr gleichmaßen nach allen Seiten erfolgt.

Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. August 1921 und die Bestrebungen, die auf eine sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern hinstellen, greifen so tief in das staatliche Einzelleben ein, daß sich aller derer, die in der Befestigung des eigenstaatlichen Charakters der Länder die Gefahr für die deutsche Einheit erblicken, die größte Erregung bemächtigt hat. Ohne jeden vorherigen Gedankenaustausch mit der bayerischen Regierung hat die Reichsregierung Entscheidungen getroffen, die weit in die innerpolitischen Verhältnisse der Länder eingreifen. Gegen diese Methode legen wir entschieden die Vermahnung ein. Von der bayerischen Staatsregierung die sofortige und völlige Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern erlangen zu wollen, ist eine Zumutung, die mit dem Ansehen und der Autorität einer Staatsregierung nicht mehr vereinbar ist. Die unterzeichneten Fraktionen des Bayerischen Landtags, hinter denen die überwältigende Mehrheit des bayerischen Volkes steht, erfinden die Reichsregierung mit Eindringlichkeit, von Maßnahmen Abstand zu nehmen, welche die Belange von Reich und Ländern in gleichem Maße aufs schwerste gefährden können. Das bayerische Volk kann eine einseitige Anwendung außerordentlicher Maßnahmen in keiner Weise billigen.

Stellung der Deutschen Volkspartei in Bayern.

(Drahtmeldung unseres Münchener Korresp.). München, 2. Sept. Die Deutsche Volkspartei in Bayern legt Wert darauf festzustellen, daß auch sämtliche Abgeordneten der Deutschen Volkspartei in Uebereinstimmung mit der einmütigen Auffassung der Wählerschaft im Lande voll und ganz auf dem Boden der Kundgebung der bayerischen Koalitionsparteien zur Lage vom 1. September stehen. Infolge eines bedauerlichen Mißverständnisses ist bei der Unterzeichnung der Kundgebung bei der Fraktion der bayerischen Mittelpartei der Zusatz „und der Deutschen Volkspartei“ vergessen worden.

Eine ernste Warnung aus Bayern.

(Drahtmeldung unseres Münchener Korresp.). München, 2. Sept. Staatssekretär Dr. Schwyer und Landtagsabgeordneter Dr. Pius Dürr, der Vorsitzende der demokratischen Fraktion, haben sich heute nach Berlin begeben, um an Hand der Kundgebungen der Koalitionsparteien den bayerischen Standpunkt noch einmal zu vertreten. Sie werden auch, so meint dazu die „Bayerische Staatszeitung“, die Reichsregierung erneut mit allem Ernst auf die Konsequenzen hinweisen, die entstehen müssen, falls man in Berlin über den Kopf Bayerns hinweg handelt und man werde sich danach dort im Klaren sein, daß ein Vorgehen, wie es

angekündigt sein soll, die innere Lage in einer Weise zuspitzen könnte, für deren Auswirkungsmöglichkeiten man die Verantwortung in Bayern ablehnen müsse.

Gegen die Regierung von Kahr.

t. Nürnberg, 2. Sept. Heute nacht haben die Betriebsräte zur politischen Lage Stellung genommen. Es ist zu erwarten, daß in der kommenden Woche von der sozialistischen Arbeiterschaft schwerwiegende Maßnahmen zum Sturz der Regierung von Kahr getroffen werden. Die beteiligten Kreise sollen die Frage der Abtrennung Frankens und den Anschluß an das Reich erwogen haben.

t. München, 2. Sept. Zur Kundgebung der Koalitionsparteien im Bayerischen Landtag erklärte heute die sozialistische Münchener Post, wenn sich die bayerische Regierung nicht dazu verstehe, die Autorität der Regierung zu respektieren, dann könne man das Schwert erheben. Es sei höchste Zeit zur Befinnung.

Proteste württembergischer Parteien.

Stuttgart, 2. Sept. Die Fraktion der Bürgerpartei und des Bauernbunds des württembergischen Landtags hat wegen der Verordnung des Reichspräsidenten an die württembergische Regierung eine Anfrage gerichtet, in der darauf hingewiesen wird, daß durch die Verordnung Druckschriften, deren Inhalt zu Gewalttaten gegen Vertreter der demokratisch-republikanischen Staatsform aufordere, oder anzuregen, verboten werden könnten, also nicht auch Druckschriften, die zu Gewalttätigkeiten gegen Vertreter anderer politischer Anschauungen auffordern. Diese Einseitigkeit müsse die Wirkung haben, daß solche Aufforderungen als erlaubt, ja als erwünscht betrachtet würden und mache die ganze Verordnung ungültig. Es wird gefragt, was die Regierung zu tun gedenke, um diese Rechtsungleichheit zu beseitigen. Weiter wird gefragt, was die Regierung tun wolle, um das Verbot der „Süddeutschen Zeitung“ rückgängig zu machen, da die Zeitung seit der Verkündung der Verordnung erst einmal erschienen und dabei keine neuen in der Verordnung bezeichneten Voraussetzungen für das Verbot gegeben habe. Schließlich wird die Regierung darauf hingewiesen, daß in sozialdemokratischen, unabhängigen und kommunistischen Blättern die Angehörigen und Vertreter der nationalen Armee mit Schmähungen überschüttet und in unverhüllter Form zu Gewalttätigkeiten gegen diese angereizt werde und gefragt, was sie gegen diese Ausschreitungen zu tun gedenke, um das von der Fraktion immer wieder betonte Ziel der Volksveröhnung und der Sammlung zur vaterländischen Einheitsfront zu erreichen und die gleichmäßige Behandlung aller Staatsbürger zu gewährleisten.

Verbot aller deutschnationalen Veranstaltungen in Sachsen.

(Drahtmeldung unseres Dresdener Korresp.). Dresden, 2. Sept. Die sächsische Regierung hat alle Polizei-Organen des Landes strengstens angewiesen, sämtliche deutschnationalen Veranstaltungen zu verbieten und besonders alle Regimentsfeiern.

Verbot des „Berliner Lokal-Anzeigers“ und des „Tage“.

Berlin, 2. Sept. Der Reichsminister des Innern hat auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. August den „Berliner Lokal-Anzeiger“ und den „Tag“ auf die Dauer von 14 Tagen verboten, weil diese Blätter einen Artikel des „Miesbacher Anzeigers“ abgedruckt haben, in dem das gegen diese Zeitung ausgesprochene Erscheinungsverbot ver-

höht und die Reichsregierung mit Beschimpfungen überhäuft wird.

t. Berlin, 2. Sept. Die beiden seit heute verbotenen Blätter „Lokal-Anzeiger“ und „Tag“ haben gegen das auf 14 Tage lautende Verbot Einspruch erhoben. Sie berufen sich darauf, daß sie durchaus nicht mit dem Inhalt des von ihnen abgedruckten Artikels des „Miesbacher Anzeigers“ sich identifiziert haben, was in einem Leitartikel zum Ausdruck gekommen sei. Es ist anzunehmen, daß das Verbot wieder rückgängig gemacht wird. Die Aufhebung des Verbotes soll, wie die „B. Z.“ hört, in kurzer Zeit erfolgen.

m. Berlin, 2. Sept. Wie wir hören, ist das Verbot des „Berliner Lokal-Anzeigers“ und des „Tag“ durch Verordnung des Reichspräsidenten aufgehoben worden.

Die „Süddeutsche Zeitung“ hat gegen das Verbot telegraphisch Einspruch eingelegt. In der schriftlichen Begründung wird gesagt, daß ein Verbot nur dann gerechtfertigt werden könne, wenn der Inhalt der Süddeutschen Zeitung nach Inzafretieren der Verordnung durch die Bestimmung getroffen werde.

Der Beschwerdeauschuss.

Berlin, 2. Sept. Der Reichsrat beschloß heute mit der Zustimmung des Reichspräsidenten vom 20. August einsetzenden Beschwerdeauschusses. Der Vertreter Bayerns gab dem Bedauern und der Ueberlassung der bayerischen Regierung Ausdruck, daß der Verordnung eine Fühlungnahme mit den beteiligten Landesregierungen nicht vorausgegangen sei und beklagte insbesondere die Zentralisierung der Verbote in Berlin. Reichsminister des Innern Dr. Graf v. Helldorf erklärte, nur die absolute Dringlichkeit der Lage habe eine vorherige Fühlungnahme unmöglich gemacht und wies im übrigen darauf hin, daß die Verordnung sich nicht gegen bestimmte Parteien, sondern gegen alle Elemente richte, deren Verhalten den öffentlichen Frieden gefährde. Der Beschwerdeauschuss wurde nach den Vorschlägen des Reichsratsauschusses gebildet. Zunächst funktieren die sieben Mitglieder des bisherigen Beschwerdeauschusses weiter. Nach 14 Tagen soll über die Erhöhung der Zahl auf 21 Mitglieder beraten werden.

Das Uniformverbot.

(Eigener Drahtbericht). w. Berlin, 2. Sept. (Amfick). Bis zum Erlaß der Ausführungsbestimmungen gemäß § 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. August 1921 über das Verbot des Uniformtragens hat der Reichskanzler mit sofortiger Wirkung die Erlaubnis zum Tragen der Uniform bei Zeichenbegünstigten von Kammeraden erteilt.

Ein peinlicher Zwischenfall in Chemnitz.

(Drahtmeldung unseres Dresdener Korresp.). Dresden, 2. Sept. Wie wir zuverlässig erfahren, hat sich während der Demonstration in Chemnitz am 31. August eine äußerst peinliche Mißbegehung ereignet. Der holländische Konsul in Chemnitz hatte zum Geburtstage der Königin Wilhelmine von Holland geflaggt und natürlich die holländische Flagge rot-weiß-blau geflaggt. Die Demonstranten hielten diese Flagge für ein reaktionäres Symbol, drangen in das Gebäude ein, in dem sich ein Kantinist befindet, und verlangten, daß die Flagge sofort eingezogen würde. Da die Haltung der Demonstranten Formen annahm, die für das Konsulat unannehmlich befürchteten, ließ der holländische Konsul die Forderung nach und ließ die rot-weiß-blaue Flagge niederholen. Das diese Handlungsweise der De-

monstranten gerade Holland gegenüber äußerst peinlich ist, braucht nicht bewiesen zu werden und dürfte zweifellos ein diplomatisches Nachspiel haben. Auch ist auffällig, daß die gesamte sozialistische Presse diese peinliche Analektion mit keinem Worte erwähnt und total inaktiv ist. Bei dem Risiko der ganzen Demonstration — in Dresden waren bei einer Arbeiterbevölkerung von mindestens 200 000 Mann allerhöchstens 9 000 Mann zur Demonstration erschienen — durchaus erklärlich.

Magdeburg, 2. Sept. Die Pressestelle des Oberpräsidiums teilt mit: In Neuhaldensleben sollen von den Reichsparteien große schwarz-weiß-rot umrandete Plakate mit dem Aufdruck: „Es lebe die Monarchie!“ angeschlagen worden sein. Die Arbeiter sind in großer Erregung. Sie drängen in die Häuser ein, holtien die Plakate der Reichsparteien heraus und zogen sie durch die Straßen, wo sie vom Publikum verhöhnt wurden. Nach Meldungen des Bürgermeisters sind Verletzungen nicht vorgekommen. Schutzpolizei von Magdeburg ist nach Neuhaldensleben unterwegs. Nähere Einzelheiten sind bisher noch nicht festgestellt worden.

Dr. Martin Spahn.

Wie schon gestern früh berichtet, ist der bekannte Zentrumsmann Dr. Martin Spahn aus der Zentrumspartei ausgetreten und hat sich den Deutschnationalen angeschlossen. Donnerstag nachmittag sprach Dr. Spahn mit dem deutschnationalen Parteiführer in München. Er führte u. a. aus:

Unser Ministerium der Erfüllung ist unabhängig tätig, um die Schuldnechtigkeit der Wahrheit zu machen. Am Grabe Erabergers hat es angefangen, daß es keine Rückstufen mehr wird, bis auch das letzte Maß nationaler und wirtschaftlicher Selbstständigkeit uns genommen ist. (Wutruf.) Durch die Steuererhebung gerät ein Teil des Grundbesitzes der Industrie in die Gefahr der Ueberwindung. Die ganze Art der Katholiken zu den und zu fühlen müßten sie inkonkret in die große Rechte überführen. Der Redner wendete sich dann gegen die formale Demokratie, die immer das Bild einer tiefen Ebene zeige. Das Zentrum habe sich leider nach links drängen lassen. Diese Entwicklung ist auch dem Tode Erabergers nicht beendet. Biele werden gerade von seinem Grabe ein weiteres Stück nach links aus. Wir hoffen, daß ein Tages der Weg Stegerwalds und der Weizsäcker sich zeigen werden. Der Redner schloß, daß er freis auf der rechten Seite des Tums gestanden habe. Jetzt steht die Entscheidungsschlacht zwischen links und rechts bevor. Da gebe es kein Schwanken mehr. Zur großen Rechten gehört auch die Jugend, der deutsche Bauer, der Wirtschaftstand, die christliche Arbeiter- und Angehörtenbewegung. Alles was links zur Rechten gehört, soll sich in ihr sammeln. (Beifall.) Ueberwunden werden müssen die trennenden, staatlichen, die konfessionspolitischen und die sozialpolitischen Gegensätze.

Auf der Spur der Mörder.

Braun, 2. Sept. Wie der „Bayerischer Anzeiger“ meldet, traf in Basel ein Untersuchungsrichter des Landgerichtes Offenburg ein, um eine Spur der Mörder Erabergers in der Schweiz zu verfolgen. Nach dem Blatt liegen Inhaltsprotokolle dafür vor, daß die Mörder oder ihre Mitwisser schon am Montag mit dem Zug aus Offenburg in Basel angekommen sind und Wäse eingepackt haben, die ihnen den Weg in die Schweiz öffnete.

Karlsruhe, 2. Sept. Aus einer neuen Bekanntmachung der Staatsanwaltschaft Offenburg hervorgeht, daß die beiden Mörder Erabergers

Theater und Musik.

Landestheater. Die Generaldirektion des Badischen Landestheaters teilt mit: Für den einflussreichen Vortrag über Goethes „Urfassung“ (Goethes „Faust in ursprünglicher Gestalt“), der am 11. September, morgens 11 1/2 Uhr, in der Wandelhalle des Badischen Landestheaters stattfindet, wurde vom Theaterkulturverband der Literaturhistoriker der Karlsruher Hochschule, Herr Professor Dr. Karl Voll, gewonnen. (Dr. Traumann-Heidelberg, dessen Name zuerst genannt wurde, ist aus gesundheitlichen Rücksichten zurück nicht in der Lage, auswärtige Vorträge zu übernehmen.)

Konzertsaal. In der in städtischen Konzertsaal durch das Landestheater heute stattfindenden Erkaufführung des dreaktigen Schwantes „So'n Bindhund“ von Curt Kraas und Arthur Hoffmann wird ein neues Mitglied des Landestheaters, Herr Stefan Dahlen, vom Neuen Theater in Frankfurt a. M., die Rolle des Dr. Winteris darstellen, die er in letzter Stunde übernommen hat, obwohl sie seinem eigentlichen Rollengebiet nicht zugehört. In den übrigen wichtigen Rollen des Stücks wirken die Damen Kreuznach, Frauendorfer, Genter, Gerl, Müller, Rasse, Noorman und Pix sowie die Herren Birkner, Benedict, Gemmecke, Höder, Kienischer, Müller, von der Trenck-Ulrici und Max Schmeider. — Die Spielleitung hat Fritz Hera. Die Vorstellung beginnt um 7 Uhr.

Konzertsaal. Für den insofern eines Trauerfalls in seiner Familie beurlaubten Fritz van de wird Franz Koba, der von früher her bestens bekannte und beliebte Bassbass der Karlsruher Oper die Partie des „Malvolino“ in der morgen im Konzertsaal stattfindenden Aufführung von „Alessandro Stradella“ singen.

Kunst und Wissenschaft.

Urheberrechtsschutz für geistige Arbeiter.

Die Gerichtsentscheidungs-Novelle vom 11. März 1921 hat den geistigen Arbeitern so ganz nebenbei eine schwere Schädigung gebracht. Bisher

war ihr Urheberrecht sowohl in Schrifttum wie in Tonkunst und in Bildkunst dort geschützt, daß der Staatsanwalt Verletzungen strafrechtlich verfolgte. Das hat sich nun durch das Gesetz insofern geändert, als Verletzungen des Urheberrechtes in Zukunft grundsätzlich nur noch in Privatklage verfolgt werden dürfen. Die Staatsanwaltschaft übernimmt die Verfolgung nur, wenn es im öffentlichen Interesse nötig erscheint. Also muß jeder Urheber die Strafverfolgung einer Verletzung seiner Rechte auf eigene Hand und auf eigene Kosten vor den Strafgerichten suchen. Diese Neuregelung, als deren einzige Begründung die Ueberlastung der Gerichte und Staatsanwaltschaften zu gelten hat, schafft auf dem Gebiete der Urheberrechtsverletzungen, auf dem Gebiete des geistigen Diebstahls, einen unbeherrschbaren Zustand. Daß in dem selben Jahre, in dem die Novelle nun bald gilt, die Organisationen der geistigen Urheber nicht überall in der Öffentlichkeit Värm geschlagen haben, das kommt aus dem bekannten Zustande, daß die geistigen Arbeiter in solchen Dingen nicht aufpassen pflegen, ihre Organisationen nicht überall so energisch sind, wie wünschenswert wäre und daß Schriftsteller ebenso wie Künstler in ihrer jetzigen Notlage allermeist Dringenderes zu tun haben, als sich um Wege zu kümmern, deren Wirkung man im Augenblick nicht übersehen hätte. Die Entlassungs-Novelle dem Reichswirtschaftsrat vorgelegen, so wäre, wie Rechtsanwalt Kollmer, der Syndikus des Reichswirtschaftsverbandes bildender Künstler Deutschlands, in dem Organ des Verbandes betont, wahrscheinlich diese Schädigung der geistigen Urheber vermieden worden. Man verweist auf das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb, aus dem die strafrechtlichen Ansprüche gleichfalls im Wege der Privatklage verfolgt werden müssen. Aber hier handelt es sich um Abwehr von Kaufleuten, die einmal geschäftlich gewandt, und dann auch meist kapitalkräftig genug sind, um ihre Interessen selbst vertreten zu können. Das große Meer der Schriftsteller, Tonsetzer und Künstler hat schon in seinem materiellen Urheberrecht mit seinen Auswirkungen, Lizenzen, Verlagsrechten usw. juristisch erhebliche Schwierigkeiten und scheidet nun noch vor Privatklagekosten erst recht zurück. Aber vor Gelegenheit

hat, sich einen Ueberblick über den heutigen Umfang des geistigen Diebstahls zu verschaffen, der weiß, welche unendlicher Schaden ideell und materiell dem Urheber fortlaufend zugefügt wird. Für das Gebiet der bildenden Kunst ist die Ausbeutung durch gewissenlose Unternehmer und Plagiatoren noch größer, als es bei den Werken der Literatur und Tonkunst der Fall zu sein pflegt. Die letzteren haben nämlich meistens ein Verlagsgeschäft, das das Maß der vom Verleger oder Unternehmer erworbenen Rechte gesetzlich festlegt. Die bildende Kunst hat bis heute ein solches Gesetz noch immer nicht, obgleich sich die Künstler seit Jahren darum bemühen. Deshalb besteht über das Maß der Verlagsrechte bei Vergebung von Urheberrechten eine außerordentlich starke Rechtsunsicherheit, die natürlich von geschäftstüchtigen Unternehmern reichlich ausgenutzt wird. Besonders junge Künstler werden auf diese Weise vielfach um den Erfolg jahrelanger Arbeit gebracht. Gegenüber dem Gesetz vom 11. März 1921 bleibt nur zu hoffen, daß man bei der endgültigen Neufassung der Strafrechtsordnung den Fehler der Novelle nach Möglichkeit vermeidet. Es muß aber ferner erwartet werden, daß der Reichsjustizminister und das preussische Justizministerium die Staatsanwaltschaften mit Anweisung versehen, in jedem Falle sorgfältig zu prüfen, ob nicht doch ein öffentliches Interesse bei der Verfolgung von Urheberrechtsverletzungen angenommen werden muß.

st. Eine Faust-Ausstellung in Leipzig. Das Leipziger Stadtgeschichtliche Museum bereitet zurzeit eine Sonderausstellung vor, die eine Auswahl aus der sehr bedeutenden Leipziger Faustsammlung des Herrn Dr. med. Gerhard Stumme bringt. Diese Sammlung ist 1886 begonnen worden, nahm seitdem manche andere Spezialsammlung und Sammlungsstücke in sich auf und umfaßt heute mehrere tausend Bände, sowie Bilderwerke und Theaterzettel. Sie ist für später als Schenkung einer Leipziger öffentlichen Bibliothek zugebacht. Die Ausstellung zeigt die Entwicklung vom Faustbuch und Puppenpiel. Drucke und Uebersetzungen des Goetheschen Faust, andere Darstellungen, Vertonungen, Fortsetzungen, Parodien usw., außer-

dem aber auch eine umfangreiche Sondergruppe „Faustillustration“, die von Carstens bis Hans Reid reicht.

Bemerkungen zu „Milligramme des Wissens“ von Professor Dpfilon.

In der letzten Sammlung der „Milligramme des Wissens“ teilt Professor Dpfilon folgendes mit: „Auf höchst originelle Weise entledigt sich die Salbeiblüte ihres Samens. Das von der Blüte nachende Insekt muß, wenn es zum Sonntag auf einen Wagemalken treten, der ihm dadurch unversehens das Samenloz auf den Kopf klebt. Im Sommer kann man Bienen und Hummeln mit dem Samenbröcklein an der Kopfhaare massenhaft herumfliegen sehen.“

Professor Dpfilon ist hier ein Irrtum unterlaufen:

Zwar befinden sich in der Salbeiblüte auch der erwähnten Wagemalken. Es sind dies die oberen Teile der beiden Staubgefäße, welche einem gebogenen, ungleicharmigen Hebel bilden. Jeder Hebel trägt an seinem oberen Ende einen Staubbeutel. Beim Befuche der Blüte abt der Hummel auf die unteren, kurzen Enden der Hebel einen Druck aus. Die Staubbeutel treten nach außen, treffen den Rücken des Tierchens und laden daselbst ihren Inhalt, den Blütenstaub, ab, der von der Hummel auf ihrem Rücken an den Narben fremder Salbeiblüten abgelegt wird. — Die „Samenbröcklein“, welche Hummel und Hummel oft an ihrem Kopfe tragen, sind die Blütenstaubköpfchen der auf unseren Bienen heimischen Knabenfräuter. Sie heften sich meist einer Klebeflecke an die Stirne des Hummels nachden Insektes.

In beiden Fällen steht das Insekt im Dienste der Behäubung der Blüten und schafft so die Voraussetzung der Fruchtbildung; nicht die Befruchtung es die Verbreitung der Samen, die erst reif werden, nachdem die Pflanzen bestäubt haben.

Sonntag, den 21. August bis zum Montag, Freitag, den 26. August im Gasthaus zum Hirschen in Oppenau unter den offenbar falschen Namen Franz Niese, stud. jurist. Ernst Bergmann aus Düsseldorf, stud. phil. aus Pöna gewohnt haben und am 26. August 1921, abends, mit Fahrkarten 4. Klasse von Oppenau nach Offenbürg abgereist sind. Die beiden Täter sollen zwischen 25 bis 30 Jahre alt sein.

Berlin, 2. Sept. Blättermeldungen aus Stuttgart zufolge wurde in Tübingen ein Student verhaftet, der zur Zeit der Ermordung Erbbergers in der Gegend von Griesbach gewesen sein soll. Dem Verhafteten wurden zwei Schutzwaffen abgenommen.

Hetzelberg, 2. Sept. Die in einem hiesigen Konfektionsgeschäft festgenommenen beiden Männer, die in dem Verdacht standen, Erbberger ermordet zu haben, sind von Oppenau nach Griesbach wieder in das hiesige Amtsgefängnis zurückgebracht worden. Aus Gegenüberstellungen, der weiteren Vernehmung und einem Telegramm aus Königsberg ist das Alibi der beiden erbracht. Es scheint, daß das bei den beiden Männern gefundene Geld aus einem umfangreichen Scheidungswinkel herrührt.

Hastbefehl gegen v. Hirschfeld. (Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 2. Sept. In der Sache des an dem Reichsminister a. D. Erbberger verübten Mordes hat das Amtsgericht Oberkirch in Baden auf Antrag der Staatsanwaltschaft Offenbürg Hastbefehl gegen v. Hirschfeld erlassen. Inwieweit das das Amtsgericht Oberkirch das Berliner Volksgerichtsurteil erachtet, den in Haft befindlichen Hirschfeld dem Amtsgerichtsgefängnis Oberkirch zuzuführen. Diefem Ersuchen ist am vorigen Abend entsprochen worden.

England und das Wiesbadener Abkommen.

Paris, 2. Sept. Ministerpräsident Briand hatte gestern vormittag mit dem Minister der besetzten Gebiete, Loucheur, eine längere Unterredung über die Einzelheiten des Wiesbadener Abkommens. Man glaubt, daß die Unterhaltung in ihrem Hauptteil um die Stellung Englands zu dem Abkommen gedreht hat. Die „Liberte“ schreibt in ihrem Leitartikel: Nicht nur aus Deutschland, sondern vor allen Dingen aus England kommen die Hindernisse für den raschen Abschluß des Abkommens. Wir sehen ohne allzuviel Erstaunen einen Teil und zwar nicht den geringsten Teil der englischen Presse sich darüber bewundern, daß Frankreich durch ein Abkommen zwischen Loucheur und Briand dem interalliierten Realement entgegen ein Privatabkommen mit seinem Schuldner unterschreibt. Diese Methode sei für die Einheit in der Entente gefährlich. Wenn wir andere Abstände zu regulieren suchen, indem wir Paktoren nehmen, fällt sich England verschließen. Wenn wir versuchen, die Fragen durch freundschaftliche Verhandlungen zu lösen, dann glaubt England, daß wir die Entente verlassen. Inzwischen geht die erste Milliarde zur ersten Hälfte an die Bank von England und die zweite Hälfte infolge seiner Priorität den Rest, so daß für uns nichts übrig bleibt. Wenn wir selbst dann einen Versuch machen, auf unser Recht einen Zahlungswechsel zu ziehen, dann will man uns außer der Goldmark noch die Freiheit nehmen, und das wäre zu viel.

Politische Lage und Deutscher Beamtenbund.

Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes hat in seiner Sitzung vom 29. und 30. August 1921 folgende Entschlüsse gefaßt: Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes ist nicht in der Lage, das Angebot der Regierung, soweit es sich auf die gleichmäßig prozentuale Erhöhung des Feuerungsanschlages bezieht, gutzuheißen. Der Deutsche Beamtenbund hält daran fest, daß den geringfügig bezahlten Beamtengruppen sofort ausreißend geholfen werden muß; das ist bei den jetzigen Angehörigen nicht der Fall, einmal zahlreiche Beamte eine geringere Erhöhung ihrer Bezüge erfahren, als selbst der ungelernete unverheiratete fähigste Arbeiter, und dadurch ihre bisherige Schlechterstellung gegenüber dem Arbeiterentkommen noch weiter verschärft wird. Der Deutsche Beamtenbund hält an der Forderung der völligen Befreiung der noch verbleibenden Stellungen der Feuerungs- und Kinderbeihilfsangehörigen nach Ortsklassen fest. Der Vorstand stellt fest, daß die vorgezeichneten Feuerungsanschlüsse für Reichsbeamte mit höherem Diätariat in unbilliger Weise hinter denen mit höherem Diätariat zurückbleiben. Er fordert daher eine Angleichung der Bezüge beider Beamtengruppen in den einander entsprechenden Jahrgängen. Die Bundesleitung wird ermächtigt, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, um die Teilnahme des Deutschen Beamtenbundes an den in Aussicht genommenen Verhandlungen mit den Gewerkschaften über Steuer- und Wirtschaftsforderungen sicherzustellen. Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes spricht seine Empörung aus über jeden politischen Wort und fordert die Regierung auf, dafür zu sorgen, daß die Verfassung nach jeder Richtung geschützt und daß gleichmäßig gegen jeden vorgegangen wird, der den friedlichen Nebenbau durch Vergiftung des öffentlichen Lebens hindert. Er fordert insbesondere die Durchführung der Verwaltung mit neuzeitlichem und sozialem Geist.

Der Deutsche Beamtenbund ist entschlossen, unverzüglich die Wiederaufnahme von Verhandlungen mit der Reichsregierung zu betreiben, um ein günstigeres Ergebnis seiner Forderungen herbeizuführen, als es die soeben abgeschlossene Feuerungsaktion der Beamtenschaft gebracht hat.

Die Tagung der deutschen Miet-einigungsämter.

Dresden, 31. Aug. Dieser Tage hielten die deutschen Mieteinigungsämter ihre erste Tagung ab. Nach den üblichen Begrüßungsfeierlichkeiten sprach als Erster Stadtrat Brumby-Berlin über den Charakter und die Zukunft der Mieteinigungsämter. Nach der Ansicht einiger Sachleute sei das Einigungsamt nicht abhängig von irgend einer vorgesetzten Behörde, sondern nur vom Gesetz. Insofern sei es unbedingt ein Sondergericht. Dieser Gerichtscharakter erfordere seine Unabhängigkeit; jedoch siehe die Praxis einigermaßen im Widerspruch mit dieser Theorie, da vielfach Behörden versucht, in einer durch das Gesetz nicht gerechtfertigten Weise in die Rechtspflege der Einigungsämter einzugreifen. Die Zukunft der Einigungsämter müsse sich mit der Frage befassen, ob nicht noch in weiterem Umfange die Latenzhaft zu seiner Gerichtsbarkeit herangezogen werden müsse. Der Staat habe den Mieter schon bisher zu weit ausgedehnt, um seinen Verpflichtungen noch gerecht zu werden; die Zwangswirtschaft werde sich wohl in absehbarer Zeit nicht beseitigen lassen. Die Einigungsämter seien also Organe sowohl der freiwilligen Zivilgerichtsbarkeit als der Verwaltungsgerichtsbarkeit, woraus sich ihre Berechtigung auch für die Zukunft ergebe. Am zweiten Tag berichtete Amtsgerichtsrat Dr. Lutz-Berlin-Treptow über die Forderungen an die neue Mietverhütungsvorordnung: Die Entlassung eines Vorstehenden dürfe, um seine Unabhängigkeit einigermaßen sicherzustellen, nur unter den gleichen Voraussetzungen erfolgen, wie Gemeinbediente ihres Amtes entlassen werden können. Die Befreiung der Mieträume sollte niemals durch einen einzelnen Besitzer geschehen, weil Vermieter und Mieter die Zulassung einer Wohnung mit ganz verschiedenen Augen betrachten. Die Einigungsämter sollten in dem neuen Gesetz auch dann für zuständig erklärt werden, wenn ein Mieter Klage auf Reparaturen erhebt; vor dem gerichtlichen Verfahren wäre von dem Einigungsamt zu unteruchen, ob die wirtschaftliche Lage des Hauses und seines Besitzers die Reparaturkosten verträglich gegen die Entschädigungen der Einigungsämter soll Rechtsbeschwerde zulässig sein und zwar an die Verwaltungsbehörden. Daneben bleibe wegen großer Verhältnisse auch die Mängelklage zulässig. Ein oft geäußertes Wunsch sei es, daß die vor den Einigungsämtern geschlossenen Vergleiche auch von den Gerichtsvollziehern vollzogen werden müssen. Betreffs der Auswahl der Vorsitzenden wies Dr. Lutz darauf hin, daß es unter dem Vorbehalt von Rechtsanwältin mehrfach vorgekommen sei, daß diese über einen früheren Klienten oder Gegner zu entscheiden hätten, wodurch das Vertrauen zur Unparteilichkeit der Entscheidung beeinträchtigt worden wäre. Schließlich trat er dafür ein, daß die Einigungsämter als selbständige kommunale Ämter fortbestehen sollten. Dem widersprach ein Vertreter des höchsten Justizministeriums, der für die Angleichung der Einigungsämter an die Amtsgerichte eintrat.

In der Aussprache wies Stadtrat Sumar-München auf die Steuervorlage der Reichsregierung hin, wodurch der Grundbesitz mit einer Goldhypothek belastet werden sollte und meinte, daß hierdurch alles Privateigentum vermindert, eine Steigerung der Mieten um 100 Prozent bewirkt würde und alle Mieteinigungsämter überflüssig gemacht würden, denn die neuen Mänteligen, in diesem Falle das Reich und die Länder, würden sich die auf Herabsetzung der Mieten hinzielende Tätigkeit der Mieteinigungsämter halb verbiten. Der Hausbesitzer müsse eine gleichmäßige Rechtspflege der Mieteinigungsämter fordern, die darin bestesse, daß nicht lediglich zum Schutze der Mieter, sondern auch zum Schutze der Vermieter Recht gesprochen werde. Eine völlige unsoziale Handlungsweise sei es vollens, wenn ein schwermöglicher Hauswirts reiche Mieter zu billigen Mieten wohnen lassen müsse. Diefen Berlin sprach sich gegen eine Angleichung an die Amtsgerichte aus. Der Vorsitzende des Mieteinigungsamtes Bielefeld konnte der Veranlassung mitteilen, daß durch das neue Reichsmietengesetz die Entscheidung über Minderungen und Aufhebung des Mietverhältnisses den Amtsgerichten übertragen werden solle. In der weiteren Aussprache trat man allgemein dafür ein, daß eine Goldhypothek auf die Grundstücke nur dann gelegt werden dürfe, wenn das Geld ausschließlich zur Erfüllung der dem Reiche obliegenden Kriegsschuldengattungen an die Feinde angewendet würde. Der letzte Tag erhielt durch einen Vortrag des Beigeordneten Dr. Cippert-Essen sein Gepräge. Er sprach über die Möglichkeit der Wiederinstandsetzung der verfallenen Häuser und die Erhaltung der noch nicht unbrauchbar gewordenen Häuser. Für die erste Häuserkategorie hielt er die Unterfütterung der Gesamtheit für unentbehrlich. Er trat für die Aufnahme einer Reparaturhypothek auf sämtliche Wohnungsgrundstücke ein, die vom Reich oder Staat zu beschaffen sei, um einen Anreiz für Geldgeber zu bilden. Die Kosten der Instandhaltung der noch verhältnismäßig gut erhaltenen Häuser will er den jeweiligen Hausbesitzern allein auferlegen. Deswegen dürfte dieser nur einen Teil der Mieten zum selbständigen Gebrauch erhalten und der Teil der Miete, der durchschlüssig zur Reparatur angelegt werde, dürfe ihm nur zur Verwaltung überwiesen werden, worüber außerdem den Mietern Rechnung zu legen sei. Schließlich wurde das Ergebnis der Tagung in folgenden Grundsätzen, denen allerdings der Charakter einer Entschliessung mangelt, niedergelegt: Eine Angleichung der Einigungsämter an die ordentlichen Gerichte oder die Abtrennung eines Teiles ihres bisherigen Aufgabekreises unter Übertragung an andere Stellen ist nicht zu empfehlen. Die Einigungsämter sind im we-

sentlichen unter Aufrechterhaltung ihres paritätischen Charakters und der Mitwirkung der gleichberechtigten Latenzbesitzer entsprechend auszubauen durch allgemeine, über das ganze Reich sich erstreckende Vorschriften. Insbesondere ist dabei die Unabhängigkeit der Vorsitzenden sicherzustellen. Eine Nachprüfung der Entschiedungen im Rahmen der bisher entwickelten Spruchgebung ist zu ermöglichen. Insbesondere ist ein Wiederanrufverfahren gesetzlich zu regeln. Strafandrohungen gegen Wohnungswander jeder Art, auch im Beherbergungswesen, sind nötig. Die Tagung ist somit wie das Hornberger Schießen, ohne praktischen Ergebnis, ausgetausen. Man könnte wohl der Meinung sein, daß diese wichtige Frage allmählich zu einer klaren Lösung hätte geführt werden müssen.

Verschiedene Drahtmeldungen.

Besprechungen beim Reichsanzler.

Berlin, 2. Sept. Wie mehrere Blätter melden, finden heute vormittag beim Reichsanzler Besprechungen statt, an denen der Präsident des Reichstages, die Führer der Koalitionsparteien, der Abg. Dr. Stresemann und andere führende Politiker und Parlamentarier teilnehmen werden. Gegenstand dieser Besprechungen dürfte der ganze Komplex von wichtigen Fragen der innerdeutschen Politik sein, die auf eine baldige Entscheidung drängen.

Fortsetzung der Leipziger Prozesse.

Berlin, 2. Sept. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, ist die Vornahme des Kapitän Starkey im Einvernehmen mit der Oberreichsanwaltschaft erfolgt. Das Verfahren gegen den U-Bootskommandanten Berner ist bis zum Abschluß der Voruntersuchung gediehen. Berners Aufenthalt ist unbekannt. Ein Haftbefehl wegen Mordes ist ergangen.

Danzig und Polen.

(Drahtbericht.)

Danzig, 2. Sept. Der Oberkommissar hat die Entscheidung in der ihm unterbreiteten Streitfrage bezüglich der Weichsel dahin gestellt, daß er sich dem Danziger Standpunkt angegeschlossen und die Weichsel dem Hafenaumzug zugewiesen hat.

Polen lehnt ab.

(Eigener Drahtbericht.)

Genf, 2. Sept. Auf die Mitteilung des polnischen Delegierten Askonazy an den Präsidenten der außerordentlichen Tagung des Völkerbundesrates, daß Polen einstweilen von der Zugehörigkeit nach § 5 Artikel 4 des Völkerbundespatentes an den Verhandlungen des Völkerbundesrates über Oberschlesien teilzunehmen, seinen Gebrauch machen will, hat Graf Joffe mit einem Schreiben geantwortet, in dem er für das dem Rat ausgesetzene Vertrauen dankt und erklärt: „Wenn die polnische Regierung später einen Anspruch auf den genannten Paragraphen machen sollte, würde er nicht verfehlen, ihn dem Völkerbund zu unterbreiten.“

Transportarbeiterstreik in Dresden und Leipzig.

Berlin, 2. Sept. Die Transportarbeiter in Leipzig haben sich dem Streik der Transportarbeiter in Dresden angeschlossen.

Herabsetzung der Löhne in Frankreich.

Paris, 2. Sept. Nach einer Havasmeldung hat die Grubengesellschaft von Blanzay von heute an die Löhne um 1/4 bis 2/4 Franken täglich herabgesetzt. Die Metallfabriken der Gegend haben von heute an die Löhne um 1/4 Franken täglich herabgesetzt.

Die Schandtat eines Schwarzers.

Griesheim bei Darmstadt, 2. Sept. Im sogenannten Schwälbchen in der Nähe von Griesheim wurde eine etwa 60jährige Frau bewußlos aufgefunden. Sie war von Marokkanern vergewaltigt worden.

Der Hunger in Russland.

Kopenhagen, 2. Sept. Aus Helsingfors wird gemeldet: Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Aufbruchsbewegung in Russland ständig zunimmt. Die Sowjetregierung in Moskau hat einen besonderen Ausschuss eingesetzt, dessen einzige Aufgabe die Bekämpfung der vielen Aufstände ist, die in allen Teilen Russlands ausbrechen, namentlich in den von der Hungersnot heimgesuchten Gebieten. Zwei Dampfer mit 1200 Tonnen Lebensmitteln der amerikanischen Hilfsaktion sind in Riga eingetroffen. Nach Moskau sind bereits 22 Waggons mit amerikanischen Lebensmitteln abgegangen. 11 Mitglieder der amerikanischen Hilfsaktion reisen demnächst dahin ab.

Verbindung mit dem Mars?

Newport, 2. Sept. Im Laufe einer Forschungsreise Marconis mit mehreren Ingenieuren im Mittelmeer haben die Apparate der drahtlosen Telegraphie regelmäßige Wellen aufgenommen mit einer Wellenlänge von 150 000 km. Da die längsten Wellenlängen, die auf der Erde gebraucht werden, 40 000 km. nicht übersteigen, und da die Regelmäßigkeit dieser Wellen einen Zufall auszuschließen scheint, glaubt man, daß es sich vielleicht um Signale handelt, die von dem Planeten Mars gesandt werden.

Verwarnung des ehemaligen Kaisers.

London, 1. Sept. Das Blatt „Evening Standard“ erfährt von maßgebender Stelle: Das britische Auswärtige Amt hat bei der holländischen Regierung dargelegt, daß die vor kurzem von dem ehemaligen Kaiser an seine Anhänger in Deutschland gerichteten aufreizenden Telegramme nach Ansicht der britischen Regierung einen Bruch der Bedingungen bedeute, unter denen dem ehemaligen Kaiser Asylrecht gegeben worden ist. Die holländische Regierung hat, dem „Evening Standard“ zufolge, dem vormaligen Kaiser eine Verwarnung erteilt.

Der Markkurs in Zürich.

(Eigener Drahtbericht.)

Zürich, 2. Sept. Die heutige Schlussnotierung: 100 M = 6,60 Geld, 6,70 Brief-Franken.

Die erkrankten Flächen Europas.

Von Professor Raymond Beazley.

Es ist furchtbar, den gegenwärtigen Zustand Europas zu betrachten und unmöglich, denselben zu ignorieren. Aber wie schwer ist es, ein Heilmittel vorzuschlagen! Aus einem gut bewässerten Garten ist der größte Teil Zentral- und Osteuropas in einen stagnierenden Sumpf, einen vergifteten Morast verwandelt worden. Einem verheerenden Kriege, der fast zu einem weltumfassenden Konflikt wurde, geführt mit den bittersten Empfindungen und mit den tiefsten menschlichen Nachwirkungen, folgte ein Friedensschluß, der keinen Frieden brachte.

Nachdem die Menschheit lange in den fruchtbarsten Tagen des Fortschritts, der das 19. Jahrhundert auszeichnete, geweilt hatte, wurde unser unglückliches Geschlecht von neuem dazu verurteilt, eine feurige Wüste zu durchqueren, um jenseits derselben nichts als unfruchtbares Land zu finden. Der Friede von Versailles hat Europa mit mehreren Elend-Verdrängungen überfüllt. Er hat in vielen Gegenden Zustände geschaffen, die denen gleichen, die unmittelbar nach 1870 in den annektierten französischen Provinzen herrschten. In diesen Gegenden sieht sich die Mehrzahl der Bewohner von Tag zu Tag, von Monat zu Monat nach Veränderung der Friedensbedingungen, die sie in vorhängisvoll unsichere Verhältnisse verfest haben. Diese Krebsgeschwülste unserer Zivilisation sind so zahlreich, daß sie als „Gruppen erkrankter Flächen“ angesehen werden können. Eine dieser Gruppen ist Polen. Ein neues Polen ist errichtet, nicht einfach durch die Wiederherstellung des wahren Polens, wo Polen das Volk des Landes sind, sondern dadurch, daß man Deutschland und Rußland verstückelte. Welche Strecken der nord-europäischen Ebene, wo Deutsche oder Russen die Hauptbewohner und die Polen in der Minderheit sind sind von der Landeshoheit der deutschen oder russischen Mächte losgelöst und der polnischen Republik einverleibt worden. Daselbst geschieht in Oberschlesien, wo eine Volksabstimmung 714 000 Deutsche gegen 489 000 polnische Stimmen ergab und noch mehr gibt dies in jenen ost- und westpreussischen Distrikten, in denen eine gleiche Befragung des Volkes gestattet war. In diesen letztgenannten deutschen Gebieten des Ostens fand sich eine deutsche Mehrheit von mehr als 90 Proz. zur großen Ueberzahl derjenigen, die an die unfraglich polnische Bestimmung dieser „Opfer des Preußenkriegs“ geglaubt hatten.

Andererseits ist auch alles östlich von Breslau, dem zwischen Bug und Lemberg gelegenen Land, in Wirklichkeit der polnischen Rasse fremd, kein echtes polnisches Land. Historisch und in bezug auf Rasse sind die polnischen Ansprüche unendlich viel schwächer als einst der deutsche Anspruch auf das Elsaß im Jahre 1870. „Bis ich das Ausland, das jetzt dir gehört, wiedererlangt habe“, schrieb der erste Zar an den polnischen König im Jahre 1803, „gibt es keinen Frieden, sondern nur einen Waffenstillstand, um neue Kräfte zu sammeln und von neuem Atem zu schöpfen.“ Daselbst könnte jeder russische Patriot von heute sagen.

Eine weitere Ernte von Verlegenheiten ergibt die Behandlung Oesterreichs. Hier wird das deutsche Volk in Südtirol, nördlich von der wahren Grenze, durch die italienische Rasse gebildet, Italien überlassen unter dem Vorwand strategischer Notwendigkeit. Diese Leute, die man austauscht wie die Bauern beim Schachspiel (genau das, was nach Woodrow Wilson nicht geschehen sollte) bildeten seit der großen Völkerwanderung, seit dem Verfall des römischen Reiches im Westen und den Anfängen neuer Völkerschaften im 5. und 6. Jahrhundert, eine deutsche Gemeinde. Seit dem Mittelalter bis in die neueste Zeit ist diese Gegend, nördlich vom Trentino, ein typisch süddeutsches Land gewesen. Gibt es eine angenehmere und stattlichere süddeutsche Stadt als Bogen?

Die Deutschen Böhmens und Mährens, die in Böhmens ein kontinentales Irland bilden und vielleicht nichts so hassens als die Herrschaft der Jungtschechen, werden einfach ignoriert! Und weiter, wenn es ein so gesundes Prinzip ist (in gewissen Grenzen besteht es beträchtliche Kraft), daß jeder souveräne internationale Staat Zugang zum Meere haben sollte, warum beraubt man das verstückelte Oesterreich seines letzten Ausflusses zum eigenen Wasser im Adriatischen Meer? Hätte sich nicht die Gerechtigkeit daran genügen lassen können, ihm seine baltischen oder illirische Küste zu nehmen? Und wenn es Trieste aufgeben mußte, hätte man ihm da nicht gehalten können, einen neuen Hafen zu entwickeln? Schließlich, ist nicht die Verweigerung des Anschlusses der Deutsch-Oesterreicher an das Deutsche Reich etwa sehr merkwürdig angesichts all des Gerades von Gerechtigkeit gegenüber den Massen seitens der alliierten Staatsmänner? Ist dies alles nicht bittere Ironie, ein Hohn auf die Wiederherstellungsbestrebungen?

* Wir entnehmen diese Ausführungen dem sehr erlesenen Werke der Zeitschrift „Foreign Affairs“.

Briefkasten.

Nr. 24. Der Vater, oder wenn er verstorben, die Mutter ist verpflichtet, der Tochter im Falle ihrer Verheiratung zur Einrichtung des Haushalts eine angemessene Aussteuer zu gewähren, soweit er dazu unter Berücksichtigung seiner sonstigen Verpflichtungen in der Lage ist und die Tochter nicht ein eigenes zur Beschaffung der Aussteuer ausreichendes Vermögen besitzt. Die Aussteuer kann verweigert werden, wenn die Tochter ohne die erforderliche elterliche Einwilligung verheiratet.

Kölnisch-Wasser-Shampoo

Original Johann Maria Farina, gegenüber Elogiusplatz, edelstes Haarpflegemittel. 1.- in Apoth., Drog. u. Friseurgesch. oder bei Kühn & Co., Durlach erhältlich.

Badische Politik.

Kundgebung der Zentrumsparlei.

1. Karlsruhe, 2. Sept. Die Zentrumsparlei hatte auf gestern Abend eine Versammlung zum Gedächtnis Erzbergers in die Festhalle einberufen. Die sehr stark besuchte Versammlung war von Herrn Schmerbed geleitet. Der Redner des Abends, Herr Stadtrat Kühn, gab den Gedanken Ausdruck, daß einer der Besten aus der schwer heimgejagten Zentrumsparlei sein Leben durch feige Mörderhand verloren habe. Die Zentrumsparlei müsse nun zeigen, daß sie nicht gewillt sei, sich den Willen der rechtsstehenden Kreise aufdrängen zu lassen. Mit der Trauer allein sei es nicht getan, sondern die Zentrumsparlei werde die Arbeit des Verstorbenen auf dem demokratisch-republikanischen Boden der Verfassung fortsetzen. Für die christlichen Arbeiter sprach Herr Reimann, der auf die großen sozialen Ideen des verstorbenen Erzberger hinwies. Ein kurzes Bild über die politische Arbeit Erzbergers ließ Herr Rechtsanwalt Dr. Baumann an den Augen der Zuhörer vorbeiziehen. Zum Schluß nahm die Versammlung einstimmig eine Resolution an, die die verabschiedungswürdige Mordtat verdammt. Weiter wurde ein Telegramm mit dem Ausdruck der tiefsten Teilnahme an Frau Erzberger abgesandt. Ein Reichstagsabgeordneter Dr. Wirth wurde ebenfalls ein Telegramm geschickt, in welchem die Zentrumsparlei einmütig dem demokratischen Gedanken Ausdruck gab. In den Ausgängen wurden Spenden entgegengenommen für eine zu errichtende Gedächtniskapelle an der Mordstelle.

Ende des badischen Lehrkräftestreiks.

Wie bereits gemeldet, legten die badischen Lehrkräfte gestern die Arbeit nieder. Da aber gestern Verhandlungen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände stattfanden, bestand der Streik zu Unrecht. Die Arbeit wurde heute überall wieder aufgenommen.

Aus Baden.

× Ettlingen, 2. Sept. Infolge Auftretens der Ruhr mußte der hiesige Kinderhort geschlossen werden.

× Fischweier 6. Ettlingen, 2. Sept. Auf dem Wege zwischen Fischweier und Schöllbrunnern stieß auf der Straße ein junger Mann und schlug den auf ihn ein, daß er schwer verletzt wurde.

× Bruchsal, 2. Sept. In vergangener Nacht wurde in die hiesige Synagoge durch Einbruch eines Fensters eingebrochen. Die Diebe nahmen eine gemessene Menge Silber und Kleingeld mit, in der sie jedenfalls Reichtümer vernichteten. Am Morgen brachen sie eine Füllung heraus und stahlen einiges Silber im Werte von 400 bis 500 Mk. Die Einbrecher verließen die Synagoge durch die Türe, welche sie von innen öffneten.

× Ulmstadt, 2. Sept. In vergangener Nacht wütete hier ein großer Brand. Es sind drei Wohnhäuser und vier Scheuern dem Feuer zum Opfer gefallen; auch Vieh soll umgekommen sein.

× Bretten, 2. Sept. Die Bürgermeisterei wahl in Buerbach ist ergebnislos verlaufen, da keiner der Kandidaten die vorgeschriebene Stimmenzahl erhielt.

× Bretten, 2. Sept. Im hiesigen Bahnhof wurde dem Rangierer Eduard Dittes von Heilbronn ein Fuß unterhalb des Knies abgetrennt. Vermutlich fiel der Verunglückte beim Rangieren vom Wagen und geriet unter die Räder.

× Wiesloch, 2. Sept. Im Alter von 71 Jahren ist nach einjährigem Krankenlager Altbürgermeister Julius Burdhardt verschieden, der von 1899 bis 1919 an der Spitze der Gemeinde stand. Viele Jahre hindurch gehörte der Verdorbene dem Bezirksrat und dem Kreisrat an, und spielte in früheren Jahren als aktives Mitglied der Nationalliberalen Partei auch im politischen Leben eine führende Rolle.

× Heidelberg, 2. Sept. Wegen der in Heidelberg angerichteten Tumultschäden anlässlich der sozialistischen Demonstration ist zur Ermittlung der Täter, die für den Schaden haftbar gemacht werden sollen, eine polizeiliche Untersuchung eingeleitet worden. Gegen den Gewerkschaftsleiter Engelhardt wurde seitens der Stadtverwaltung Strafmandat gestellt. Auch die Beendigung der Demonstration trieben sich dem Bezirksrat und dem Kreisrat an, und spielte in früheren Jahren als aktives Mitglied der Nationalliberalen Partei auch im politischen Leben eine führende Rolle.

× Heidelberg, 2. Sept. Wegen der in Heidelberg angerichteten Tumultschäden anlässlich der sozialistischen Demonstration ist zur Ermittlung der Täter, die für den Schaden haftbar gemacht werden sollen, eine polizeiliche Untersuchung eingeleitet worden. Gegen den Gewerkschaftsleiter Engelhardt wurde seitens der Stadtverwaltung Strafmandat gestellt. Auch die Beendigung der Demonstration trieben sich dem Bezirksrat und dem Kreisrat an, und spielte in früheren Jahren als aktives Mitglied der Nationalliberalen Partei auch im politischen Leben eine führende Rolle.

× Mannheim, 2. Sept. Auf dem Rangierbahnhof wurde der 19-jährige Eisenbahnarbeiter Karl Schür aus Ottersheim beim Rangieren verletzt. Sein Vater, ebenfalls Eisenbahnarbeiter, verlor vor einiger Zeit durch einen Unfall einen Arm.

× Weinheim, 2. Sept. Während der gestrigen Sitzung des Gemeinderats erhielt eine Petition des 35-jährigen Arbeitervereins und verlangte, daß die

Entwässerungsarbeiten der südlichen Weichhühnerrieder sofort eingestellt würden. Der Gemeinderat gab dem Drängen statt und beschloß die sofortige Einstellung der in der Gemarkung Forst begonnenen Entwässerungsarbeiten.

× Mühlbach, 2. Sept. Ein 15-jähriges Mädchen, das mit drei Herren von Mühlbach nach Amorbach reiste, erhielt von diesen 50 Mk., um für sie drei Pakete nach Sedach zu bringen. Bis heute ist das Mädchen noch nicht wieder zurückgekehrt und dürfte wahrscheinlich in die Hände von Missethäufern in die Hände gefallen sein.

× Forst, 2. Sept. Hier soll auf Beschluß des Kreisamtschulraths Mosbach eine Landwirtschaftliche Winterschule errichtet werden.

× Baden-Baden, 2. Sept. Die Zahl der Kurgäste betrug bis zum 30. August: 56.957.

× Baden-Baden, 2. Sept. Die Generalversammlung des Internationalen Clubs beschloß, im nächsten Jahre ein fünfjähriges Pferderennen abzuhalten, für welches der 18. bis 27. August vorgesehen sind. Herzog Wilhelm II. von Württemberg und Oberbürgermeister a. D. Ulrich v. Derz wurden zu Ehrenmitgliedern ernannt. Den Segelflugzeugwerken G. m. b. H. Baden-Baden gelang es, in der Höhe mit einer motorlosen Maschine einen Flug von 14 Minuten auszuführen. Für die hiesigen Werke ist ein mehrstündiger Ueberlandflug vorgesehen. Auf der Wasserfront in der Höhe soll ein ständiger Segelflugbetrieb eingerichtet werden.

× Baden-Baden, 2. Sept. In einer früheren Villa in der Werderstraße wurde nachts ein Spielernest ausgehoben und mehrere Personen verhaftet.

× Trieburg, 2. Sept. Die sog. „Kleine Stauanlage“ oberhalb der Trieburger Wasserfälle wurde nun in Betrieb genommen. In dem Stauweiher von 18.000 Kubikmeter Inhalt wird das Wasser des Hölzbaches während der Nacht zurückgehalten und tagsüber als Zuzugwasser dem natürlichen Ablauf zugegeben. Durch das Zuzugwasser werden alljährlich etwa 400.000 P.S.-Stunden für die Triebwerke des Gutshauses gewonnen, wodurch sich etwa 600.000 Kilogramm Kohlen ersparen lassen. Der Stauweiherrhalt soll noch auf 25.000 Kubikmeter vergrößert werden.

× Billingen, 2. Sept. In einem Anfall von Schwermut nahm sich die 31-jährige ledige Karoline Graf durch Gasvergiftung das Leben.

× Billingen, 2. Sept. Heute morgen 7.10 Uhr traf die hier garnisonierende 16. Kompanie des Ausbildungsbataillons der Reichswehr von den Übungen auf dem Truppenübungsplatz Billingen wieder hier ein.

× Billingen, 2. Sept. Für die hier geplante Regimentsschießerei der 11er waren schon große Vorbereitungen getroffen. Aus politischen Gründen unterbleibt sie nun.

× St. Blasien, 2. Sept. Die Bilanz des Strombezugsverbandes Waldshut-Bonnbrunn-St. Blasien auf das vergangene Jahr verzeichnet einen Reingewinn von 381.751 Mk. Die Gewinns- und Verlustrechnung 1920 stellt den Jahresgewinn aus Stromverkauf und Inflation auf 564.926 Mk. dar.

× Ueberlingen, 2. Sept. Beim Baden in der hiesigen Seebadanstalt ertrank der 21-jährige Sohn des Landwirts Gecht. Da der Verunglückte ein ausgezeichneter Schwimmer war, dürfte ein Schlaganfall seinem Leben ein Ende bereitet haben.

× Neersburg, 2. Sept. Diesen Monat werden die im Jahre 1871 das hiesige Seminar verlassenen Lehrer ihr 50-jähriges Lehrtagejubiläum hier feiern können. Damals waren es 88 Lehrer, von denen heute aber nur noch 12 am Leben sind.

× Sengen a. S., 2. Sept. Auf den Höhen des Schwarzwaldes kann man schon den ersten Reif sehen, der aber in den Morgenstunden der strahlenden Sonne weichen muß.

× Konstanz, 2. Sept. Vor hundert Jahren wurde das hiesige Weiskwarengeschäft Martignoni gegründet, das sich bis heute immer im Besitz ein und derselben Familie befand. Der jetzige Inhaber Ernst Ackermann hat eine geb. Martignoni zur Gattin.

× Konstanz, 2. Sept. Durch Vermittlung der Eisenbahnbetriebsräte und des Transportarbeiterverbandes wurde der Streik der Fuhrleute bei Senger und Vuh und der Expresstaxifahrer beigelegt.

× Konstanz, 2. Sept. Die Konstanzer Ärztegesellschaft verlor mit dem Tode des angesehenen Arztes und Chefarztes des ehemaligen Konstanzer Krankenhausarztes, Dr. Paul Doll, einen erfahrenen Kollegen.

× Konstanz, 2. Sept. Ein Uhrmacher reinigte mit Benzin Uhrenteile, wobei er einer kleinen Flamme zu nahe kam und plötzlich der ganze linke Arm brannte. Infolge der erlittenen schweren Brandwunden mußte er in das Krankenhaus überführt werden.

Aus Nachbarländern.

× Herrnhut, 1. Sept. Die Zahl der Fremden betrug bis zum 31. August 7207.

× Heilbronn, 2. Sept. Die für nächsten Sonntag geplante Regimentszusammenkunft des Landwehr-Inf.-Regts. Nr. 121 ist auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden.

× Stuttgart, 2. Sept. Der Deutsche Ostpostenbund hält hier vom 2. bis 7. Sept. seine Hauptversammlung ab, wobei Dr. med. Frank-Briefen, Univ.-Professor Dr. Weyen-Bonn, Prof. Mengel-Kiel und Dr. Dery-Berlin sprechen werden.

× Stuttgart, 2. Sept. Die württembergischen Angestelltenverbände teilen mit, daß sie den württembergischen Industrieangestelltenrat zum 31. Oktober gekündigt haben.

× Straßburg, 2. Sept. Nach siebenwöchentlicher Dauer ist der Streik der Metallarbeiter beendet worden, nachdem der

letzte Versuch des Präfekten, die Unternehmer zu Besprechungen zu veranlassen, gescheitert ist. Gestern früh sollen die Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Karlsruher Herbstwoche 1921.

Die „Karlsruher Musikfest-Woche“.

Die „Karlsruher Musikfest-Woche“ wird am Samstag, den 24. September im Randtheater mit einem als „Badischer Tonbildner-Abend“ bezeichneten Konzert eingeleitet werden, bei dem unter der Leitung von Alfred Lorenz lediglich Werke badischer Komponisten zu Gehör kommen sollen. Der Programmwurf ist in der Hauptsache fertiggestellt und wird demnächst bekannt gegeben werden.

Aus dem Stadtkreise.

Die Wetterlage.

(Mitgeteilt von der Badischen Landeswetterwarte am 2. September 1921.)

Die vergangene Berichtswoche hat in Baden im ganzen meist trodenes Wetter gebracht. Zentraler Europa von hohem Druck überlagert, während Tiefdruckgebiete in großer Entfernung vorbeizogen. Bei öfter heiterem Himmel erhoben sich die Nachmittagstemperaturen an einzelnen Tagen wieder über 25°. In den Nächten aber machte sich die mit zunehmender Nachtlänge stärker werdende Wärmeabstrahlung bemerkbar, so daß es gelegentlich recht kühl wurde. Eine wesentliche Abänderung der bestehenden Wetterlage scheint sich noch nicht vorzubereiten.

Oberschlesien-Hilfswerk. Heute findet in ganz Deutschland im gesamten Kaffeeausgabegewerbe ein Dpferstag für das in schwerster Not befindliche ober-schlesische Volk statt. Es darf erwartet werden, daß der neue Appell an die Opferwilligkeit der Karlsruher zu einem starken Besuch der Kaffeehäuser Veranlassung gibt, damit ein recht stattlicher Beitrag dem ober-schlesischen Hilfswerk zugeführt werden kann. Ueber die eingegangenen Beträge wird in der gesamten Presse Deutschlands Mitteilung geleistet. Deutsche Männer und Frauen, legt wieder ein festes deutsches Bekenntnis durch hilfreiche Tat ab, daß Ober-schlesien zu Deutschland gehört und daß die deutschen Brüder und Schwestern in der Südpolstode des getrennten Vaterlandes nicht verlassen sind, sondern wir deutsche Menschen einander alle helfen wollen. Treue um Treue!

Erhöhung der Fahrpreise bei der Straßenbahn. Die Erhöhung der Gehälter und Löhne und das Steigen der Materialpreise hatten eine Erhöhung des Aufwands der städt. Straßenbahn und Nebenbahnen für das Wirtschaftsjahr in Höhe von etwa 3 Millionen Mark zur Folge. Zur Beseitigung dieses Mehraufwandes sollen im Tarif der städt. Straßenbahn ab 19. September 1921 die Preise der Einzelsfahrpreise von 80 Pfg. auf 1 Mark und von 1,20 Mk. auf 1,50 Mk. erhöht werden.

Fortführung des Konservatoriums für Musik. Die Stadtgemeinde leitet nach einem Beschluß des Stadtrats das ihr von Hofrat Professor Heinrich Ordenslein überkommene Musikkonservatorium nebst Gebäude und Inventar dem Professor Heinrich Kaspar Schmid aus München zum Betriebe einer Musikbildungsanstalt gemäß den bisherigen Satzungen der Anstalt unter dem Namen „Badisches Konservatorium für Musik zu Karlsruhe“ zunächst auf 3 Jahre und übernimmt die volle Gewährleistung für den wirtschaftlichen Bestand der Anstalt. Mit Professor Heinrich Kaspar Schmid wird darüber sowie über die Regelung seiner Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung ein Vertrag abgeschlossen. Die gemäß dem am 22. September 1910 zwischen Hofrat Professor Heinrich Ordenslein und der Stadtgemeinde abgeschlossenen Ehegattenvertrag an Frau Hofrat Ordenslein Witwe zu zahlende Leibrente von jährlich 9500 Mark wird ab 15. September 1921 in jederzeit widerruflicher Weise bis auf weiteres auf jährlich 15.000 Mk. erhöht.

Weim Postämteramt Karlsruhe waren Ende August 1921 34.319 Kontoinhaber vorhanden. Auf den Postkonten sind in diesem Monat gebucht worden: 1.829.468 000 M. Guthabens, darunter 492.880 Einzahlungen mit Zahlkarte über 482.981 000 M. und 489.010 Uebertragungen über 1.346.470 000 M. Die Lastriften betragen 1.802.178 000 M., darunter befanden sich 7162 Kassenhefts über 33.421 000 M., 3555 im Reichsbank giro und Abrechnungsbogen beglaubigte Anzahlungen über 63.116 000 M., 169.422 Zahlungsaufweisungen über 188.087 000 M. und 488.589 Uebertragungen über 1.517.548 000 M. Der Gesamtumsatz im Monat August betrug hiernach 3.631.648 000 M., davon wurden bar-geldlos abgewickelt 2.927.134 000 M. oder 80,60 p. H. Das Gesamtgut haben der Kontoinhaber des Postämteramts machte am Monatschluß 295,8 Millionen aus.

Drucksachen und Ansichtskarten mit Flugpost. Im gewöhnlichen Verkehr werden Drucksachenkarten (Drucksachen ohne die sonst zugelassenen Zusätze und Abänderungen) für 10 Pfg., Ansichtskarten, auf deren Vorderseite Größe und ähnliche Schriftzeichen sind, für 15 Pfg., mit der Post befördert. Wird die Beförderung mit der Flugpost verlangt, so ist außer diesen Gebühren ein Flugzuschlag von 20 Pfg. (nicht der für Drucksachen bis 50 Gramm festgesetzte von 80 Pfg.) zu entrichten. Man kann also Drucksachenkarten für nur 30 Pfg. und Ansichtskarten mit höchstens 5 Gruppen- und Worten für nur 35 Pfg. mit der Flugpost versenden.

Der Tarif für das Malergewerbe. Nachdem vom Haupttarifamt für das Malergewerbe in Berlin den Gehilfen eine 20prozentige Lohnerhöhung in zwei Raten zugestanden worden ist, betragen die Tarife für über 20 Jahre alte Gehilfen ab 1. September in Karlsruhe 6,70 Mk., Baden-Baden 6,40 Mk., Bruchsal 6 Mk. und Rastatt 5,75 Mk. Die zweite Rate ist auf

1. Oktober d. J. fällig und beträgt in den oben genannten Orten 7,80 Mk., 7 Mk., 6,55 Mk. und 6,25 Mk.

Exzellenz-Künstlerspiele. Diesen Namen hat der Besitzer der Diele im früheren Kaffee Erbpriest, Herr Unser, dem neuen Unternehmen gegeben, das am Donnerstag eröffnet worden ist. Die behaglich und künstlerisch ausgestatteten Räume mit aparter und stimmungsvoller Raumwirkung, hervorgerufen durch moderne Beleuchtungskörper, bieten einen vortrefflichen Rahmen für die Darbietungen des ausgezeichneten Kabarettvölkchens, das Herr Unser sich verschrieben hat. Deren Debut gestaltete sich unter Leitung von Herrn E. L. Stang und vor allem durch das stimmungsvolle und -fördernde Ansagen des Humoristen G. Guttstadt zu einem unbeschränkten Erfolg. Als jugendliche Niederfängerin behauptete sich als beste Ellen Leitow, was etwas bedeuten will, da sie erstklassigen und routinierten Vitellkräften gegenübersteht. Eine feste und in ihrem Genre erstklassige Humoristin und Satirikerin ist Maria Sweet, deren Vorträge noch durch die Piktur des fremden Akzents gewinnen. Ihre Typen sind von einer disziplinierten Groteske beherrscht und trotzdem in ihrem tiefsten Wesen voll packender Natürlichkeit. Mizzi Garden ist eine flotte und gewandte Künstlerin, die Sprache, Mimik und Gestik mit Sicherheit zur Durchdringung des Vorrags heranzieht. Selbstverständlich ist ein ganz exquisites Tänzerpaar Kitty und Gard Reggie aufgetaucht, das wieder die Behauptung führt, wie ungemein reizvoll ein übermoderner Tanz sein kann, wenn er nur in die richtigen Hände gelangt. Die Beherrschung der Figuren hat hier schon einen Zug ins Akrobatische; vor allem aber besticht die unbedingte Harmonie in der Ausführung. Selbstverständlich ist die Musik unter Leitung des tüchtigen Geigers W. Ziegler ganz auf der Höhe und unterhält die Gäste ausgezeichnet. Der starke Besuch und die durchweg glänzende Aufnahme, die Leistungen, Aufmerksamkeit und Rahmen gefunden haben, dürfen als Beweis dafür gelten, daß die Exzellenz-Künstlerspiele einen Sammelpunkt für Einheimische und Fremde darstellen, die beim Glas Wein eine unterhaltende und doch künstlerische Zerstreuung suchen und finden.

Von den Neuntagen in Iffezheim hat die Fa. Weich. Möss eine Reihe sehr schöner Aufnahmen hergestellt. Ohne Zweifel dürften die Bilder, die bei der Firma fäuflich sind, bei den Besuchern des Neuntages mancherlei Erinnerungen wecken u. so starkem Interesse begegnen.

Veranstaltungen.

Das Sommerfest im Stadtpark, das heute Abend von 8-11 Uhr, bei gutem Wetter abgehalten wird, dürfte wieder viele Besucher anziehen. Die wechselläufige Benutzungs des Springbrunnens und das rote Lichtmeer der Anlagen wird reizvolle Effekte hervorbringen und für Alt und Jung eine wirkliche Augenweide sein. Die musikalischen Entwürfe zu beibringen ist Aufgabe des Musikvereins Karlsruhe, der dafür ein vielversprechendes Programm aufgestellt hat. Bei schlechtem Wetter wird die Veranstaltung auf einen noch bestimmteren anderen Abend verschoben.

Stenographie. Die hiesigen Stenographie-Vereine nach Stolze-Schren (insgesamt 90 Mitglieder) haben sich zu gleichmäßiger und zuverlässiger Durchführung der stenographischen Ausbildung ihrer Mitglieder aus einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Laut Anzeige beginnen am Freitag, den 3. September Stenographie-Kurse für Anfänger, Fortbildungs- und Debutanten-Kurse. Der Besuch dieser Kurse sei auch an dieser Stelle bestens empfohlen.

Die Karnevals-Gesellschaft „Genetio“ hält heute Abend 7 1/2 Uhr im „Abendraden“ einen bunten Abend ab. (S. d. Ans.)

Standesbuch-Auszüge.

Eheanhebe. 1. Sept.: Wilhelm Schäufele von hier, Metzgermeister, hier, mit Luise Göthe von hier; Johann Sauter von Gröndelhardt, Schuhm. hier; mit Hilda Schults von Brunnmannen; Josef Frenkel von Paris, Fab.-Arb. hier; mit Maria Wigal von Leusheim; Heinrich Kiebermann von hier, Kaufm. hier; mit Amalie Bühler, geb. Klein, von hier; Karl Graf von Freiburg, Maschinengehilfe hier; mit Emilie Grether von hier; Hugo Leonardie von Durlach, Schlosser hier; mit Vertha Gallasini von hier; Johannes Essig von hier; Monteur hier; mit Tina Lang von hier; Moritz Kalmbacher von Hilpertsau, Schmied hier; mit Anna Braun von Mosbromm; Nicolaus Kugel von Heidelberg, Stadtagelöhner hier; mit Helena Kaiser Witwe von hier; Leo Philipp von Lebnach, Bäcker hier; mit Elisabetha Sohn von Egelbach.

Todesfälle. 31. Aug.: Vina Simianer, Fab.-Arb., ledig, alt 28 Jahre. — 1. Sept.: Johann Gremmel-mater, Priv., Ehefrau, alt 77 Jahre; Flora Sande, alt 78 Jahre, Witwe von Oswald Sande, Postbeamten-direktor; Anna Lucas, alt 67 Jahre, Witwe von Josef Andas, Schlossverwalter. — 2. Sept.: Karl Unger, Metz., ledig, alt 23 Jahre; Rufe Käthe, alt 66 Jahre, Ehefrau von Erich Käthe, Steuerbote a. D.

Verdiannungs- und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Samstag, den 3. September. 3/8 Uhr: Anna Lucas, Schlossverwalters-Witwe, Leopoldstr. 35 III. — 3 Uhr: Flora Sande, Postbeamten-direktors-Witwe, Gartenstr. 13, Feuerbestattung.

Tagesanzeiger.

(Näheres ist und dem Ausgegebenen zu entnehmen.) Samstag, den 3. September. Stadtpark. Sommerfest. 8 Uhr. Colosseum. Variete. 8 Uhr. Apollo-Theater. Singspielgesellschaft Abt. Wals. 8 Uhr. Weltpanorama. Nordseeäder. Zentralverband der Angestellten. Stifftungsfest mit Konzert und Ball. 7 1/2 Uhr. Karnevalsgesellschaft „Genetio“. Bunter Abend im „Abendraden“. 7 1/2 Uhr. Gesangsverein Concordia. Verrenabend im „Abendraden“. 8 Uhr. S. f. B. gegen Vertrieben. Spiel 7 1/2 Uhr. Residenz-Theater. Neues Programm. Friedrich Hof. Abends-Kunstkonzert.

Steckenpferd-Seife die beste Linienseife für zarte weiße Haut

STADTGARTEN
 Samstag, den 3. September, abends von 8 bis 11 Uhr
 (nur bei gutem Wetter)
Sommernachtsfest.
 Bengalische Beleuchtung des Sees und der Anlagen.
Konzert
 des Musikvereins Karlsruhe.
 Eintritt: Mk. 2.00 (Jahreskarten), Mk. 3.00 (Sonstige), Kinder je die Hälfte.
 Kartenvorverkauf: Verkehrsverein und Schalterkassen des Stadtgartens.

Gesangverein Badenia
 Wiederbeginn der Proben
 am Dienstag, den 6. September, pünktl. abends 8 Uhr.
 Sänger aufnahmen finden statt.
 Um vollzähliges Erscheinen wird ersucht.
 Der Vorstand.

Karnevalsves. „Feuerlo“ Karlsruhe
 Samstag, den 3. September, abends 7 1/2 Uhr
 im Löwenrauchen
Bunter Abend
 Mitglieder, Freunde und Gönner ladet ein
 Der Elfer-Rat.

Colosseum - Gaststätten
 Waldstraße 16/18.
 Jeden Sonntag von 11-1 Uhr
Frühschoppen - Konzert
 Münchner Weißwürste u. Nürnberger Bratwürste.

Excelsior - Künstlerspiele
 Kaiserstr. 26 — Anfang 8 Uhr — Fernruf 977
 Besitzer: A. Unser
 Direktion: C. C. Haug Musik. Leitung: W. Ziegler
September-Eröffnungs-Programm
 Ellen Leitow + Maria Sweet
 Kitty und Hard Reggie
 Mizze Harden + Erich Guttstadt
 Programmwechsel jeden 3., 16., 29. des Mts.
 Tischbestellungen unter Nr. 977 erbeten.
 4 Uhr-Tee

Beierthemer Fußballverein E.V.
 Sportplatz hinterm Hauptbahnhof
 630
 Samstag, 3. September, abends 1/6 Uhr
Ligaspiel
 gegen
V.f.B.
 auf dessen Platze.
 Nach dem Spiel Zusammenkunft im Vereinslokal.
 Sonntag, 4. September auf unserem Platze.
 A.H.-Germania Durlach A.H. III.—Rüppurr II. IV.—Rüppurr III.
 Beginn 10, 1/2 und 3 Uhr.
 Junioren-Mannsch. in Rastatt, Abfahrt 12.20 Uhr.
 Abends 6 Uhr im Lokal
Abend-Unterhaltung
 mit Tanz.
 Die Mitglieder nebst Familienangehörigen, sowie Fremde und Gönner des Vereins sind freudl. eingeladen.
 Samstag, 10. September
Ligaspiel gegen Durlach.

„Zum Rheingold“
 Waldhornstraße 22.
 Gut bürgerliches und solides
Wein- u. Bier-Restaurant.
 Bekannt durch vorzügliche Weine und anerkannt gute Küche.
 Selbstgeköllerte Qualitätsweine. — Eigene Schlachtung.
 Gutbesuchtes, gemütliches Lokal. — Prinz-Biere

RESIDENZ - LICHTSPIELE
 Waldstraße 30 Telephone 5111
 Heute bis einschl. Dienstag, den 6. Sept.
 Ein unerreichtes künstl. Großstadtprogramm
Der Schrecken im Hause Ardon
 Kriminal-Film in 5 Akten mit
STELLA HARF
 Ernst Stahl-Nachbaur, Gustav von Wangenheim.
 Beginn Werktags: 5.00 7.20 9.40
 Beginn Sonntags: 3.00 5.15 7.30 9.45
Fremde Welten
 Schauspiel in 5 Akten von R. H. Waither mit
Maria Zelenka.
 Beginn Werktags: 4.00 6.20 8.40
 Beginn Sonntags: 4.15 6.30 8.45

Friedrichshof.
 Samstag und Sonntag abend
Künstler-Konzert

Nissin
 gegen Kopfläuse
 Nichts anderes nehmen.
 In Apotheken und Drogerien.

MAXIM BAR
 KARLSRUHE
 Herrenstr. 16 Telephone 419
Druckarbeiten
 jeden Umfangs liefert rasch und in tadelloser Ausführung
 C.F. Müllersche Hofbuchhandlg. m.B.H.

Sparkochherde
 in emailliert und lackiert. Ausführung, kombinierte Kohlen- und Gasherde, Gas-Nach- und Grillapparate, Hotel-Kocher und Spülmaschinen, Emalje- und Kupferwaaren etc. Anerkannt erstklassiges Fabrikat. Staatsmedaille und erste Preise. Vorteilhafteste Preisstellung und Lieferungsbedingungen.
Hofherdfabrik Karl Schreier, Inh. C. Koepfer, Karlsruhe i. B. Herrenstr. 44. Telephone 4931.

Lastkraftwagen - Vermietung
Möbel-Transport
Fritz Kissling
 Fernsprecher 2357 Karlsruhe Kapellenstr. 56 a.
 empfiehlt sich für Transporte jeder Art

Colosseum-Varieté! Täglich abends 8 Uhr. Sonntags 2 Vorstellungen, 4 u. 8 Uhr.

70

der Nacht wieder Kälte ein, so entstehen infolge des raschen Temperaturwechsels leicht Frostplatteln oder fog. Rindenbrand. Hiergegen ist der Kalkanstrich eine gute Vorbeuge, indem die weiße Farbe die Sonnenstrahlen zurückwirft und eine starke Erwärmung verhindert. Der Kalk wird bei trockenem Wetter von unten nach oben bis zum zweifährigen Holz aufgetragen. Man kann ihm Obstbaumtarbolineum untermischen. Endlich muß jeder Baumstamm, sofern

das Grundstück nicht durch einen für Hasen und Kaninchen undurchdringbaren Zaun umgeben ist, mit einem Drahtgelenk oder Dornen geschützt werden. Stroh ist nicht ratfam, da dieses einen guten Schlupfwinkel für Mäuse bietet. Wer sich von der Menge dieser Ratsschläge nicht zurückreden läßt und an seinen Obstbäumen diese unbedingt nötigen Arbeiten ausführt, wird reichen Lohn für seine Mühe ernten. R. M.

Arbeitskalender für den Monat September.

Ein Trocken- und Hitzejahr, wie es selten erlebt wurde. Selbst die berühmten ältesten Leute wissen sich einer solchen Trockenheit nicht zu erinnern. Für die Landwirtschaft ist dieses Trockenjahr eine Kalamität, aber auch die Verbraucher werden die Folgen an den steigenden Preisen spüren.

Auf dem Felde herrscht tiefe Ruhe. Das Getreide ist eingebracht, so früh wie seit Jahren nicht, und nur selten sieht man einen Pflug die Stoppeln aufwühlen. Es ist zu trocken, aber die eingebrachte Same feimt nicht. Trotzdem darf man den Mut nicht verlieren. Stoppelfrüchte sollen und müssen eingesät werden; und wenn der Regen eintrifft, ist hier noch eine Vollernte möglich. Seltner es aber noch Herbstfütter zu schaffen, so kann wenigstens der größte Teil des Viehes durchgehalten werden. Die eigentlichen Winterfütter müssen vorbereitet werden. Je früher gefüt, um so sicherer in der Regel die Ernte. Das Saatgut wird mit Aspinum gebeizt. Dadurch wird ein gutes Aufgehen gewährleistet, und die schlimmsten Pilzkrankheiten können nicht aufkommen.

Auf den Wiesen sieht es traurig aus. Sie sind verbrannt, und wenn nicht bald eine Aenderung eintritt, geht selbst die Grasnarbe auf weite Strecken zu Grunde. Wer bewässern kann, ist glückl., er wird es nicht unterlassen. Man mache sich aber darauf gefaßt, größere Strecken neu einläuen zu müssen.

Im Gemüsegarten hat die Trockenheit große Schäden angerichtet. Das Wintergemüse hat wenig Köpfe gebildet und das Sommergemüse ist halb verdorrt. Auch die Bohnen setzen keine Frucht an. Trohdem fäe man noch Salat, Feldsalat, Rübsteiel usw. an, damit man bei eintretendem Regen etwas für den Herbst erhält. Seht Regen ein, so pflanze man Porree, Winterkohl und Steckrüben in Massen.

Die Pferde leiden sehr unter der Hitze und müssen in der heißen Tageszeit geschont werden. Da die Zahl der Stachflecken wächst, so streiche man jetzt noch einmal die Ställe mit Schacht-Nixol-Karbol aus. Da der Hafer jetzt frei ist, so sorge man für genügenden Wintervorrat. Er wird später teuer bezahlt werden.

Das Rindvieh sucht auf den Weiden verzweifelt Futter. Der Weidegang hat aber nur den Nutzen der frischen Luft, da Futter kaum noch gefunden wird. In den meisten Gegenden sind die Wälder geöffnet worden und wird das Vieh hineingetrieben. Laubfütter und Laubfütter sollen noch viel mehr verwandt werden. Wo Scheiteltatarrh auftritt, lasse man das Vieh mit Vissulin behandeln.

Im Schweinestalle geht die Herbstfütterung vor sich. Leider wird die Kartoffelernte nicht so ausfallen, daß an eine vermehrte Mast gedacht werden kann. Die Kraftfuttermittel sind erschreckend teuer. Wenn es nicht gelingt, billige Futtermittel heranzuschaffen, dann liegt die große Gefahr wieder nahe, daß Brotgetreide verfüttert wird. Hier müßte die Regierung den Handel unterstützen.

Die Schafe finden in diesem Jahre auf den Stoppeln fast keine Nahrung. Sie weiden die fahlen Rinderweiden noch fahler und müssen ständig wandern, um nur etwas genügend Futter zu finden. Es wäre schade, wenn die Zahl durch die Trockenheit wieder erheblich zurückginge.

Das Geflügel steht in der Mauser und muß gut gepflegt werden. Je besser es durch die Mauser kommt, um so größer ist der Ertrag an Wintererzeugen.

Die Bienen kommen im Laufe des Monats von der Weide zurück. Wenn im Laufe der Heidezeit Regen fällt, kann noch ein guter Ertrag herauskommen. Im Sommer haben die Bienen sehr schlecht gehonigt.

Beim Gartendoktor.

(Monat September.)
 Von M. Dankler.

„Nun ist es zu Ende“, stöhnt der Dickenbader dem Gartendoktor entgegen und schmeißt seine Schirmmütze in eine Ecke, daß es nur so knallt. „Ich lasse meinen Garten zementieren, da brauche ich mich nicht mehr zu ärgern. Dreimal habe ich nun Winterjalat gefät und keiner ist herausgekommen. Aber — — — und er starrt wie entsezt auf ein Feld — — Sie haben ja Winterjalat. Wie haben Sie das gemacht? Wie? Wie? Wie?“

„Ganz einfach! Ich habe das Feld umgegraben.“

„Sehr weise“, erwiderte der Dicke. „Dann habe ich die Rillen gezogen und diese ein paar mal voll Wasser gegossen, den Salzfamen hineingesät und die ganze Gegend feucht gehalten.“

„Wird auch gemacht“, und der Dickenbader angelt energisch nach seiner Mütze.

„Recht so, ich würde Ihnen auch gerne ein paar hundert Pflänzchen ablassen, aber da Sie Ihren Garten zementieren lassen —“

Der Dickenbader hat während die Mühe übergezogen. „Dat sich was zementieren. Können sich Ihren werten Schädel zementieren lassen. Ich lasse die Pflänzchen holen. Adel!“

Durch die Pforte wälzt sich eine sehr umfangreiche Dame.

Sie haben da schönes Obst!“

„Geh schon an.“

„Ich kaufe dieses Obst!“

„Ist nicht verkäuflich.“

Die Dame wirft dem Gartendoktor einen verächtlichen Blick zu. „Alles ist käuflich. Was verlangen Sie?“

Der Gartendoktor weiß nicht ob er lachen oder sich ärgern soll. „Das Obst ist nicht verkäuflich, wenigstens nicht für Sie.“

Die Dame wurde puterrot. „Was das heißen?“ „Das ist leicht erklärt. Das erit lege ich meinen Bedarf ein und andere verkaufe ich an die Kinder und den Arbeiter unseres Ortes. Die sind auch froh wenn sie gutes Obst bekommen.“

Die Dame lächelt höhnisch. „Wenn ich Ihnen den 10fachen Preis anbiete, werden Sie es doch lieber mir als den Fabrikanten geben.“

„Und wenn Sie das zwanzigfache geben, noch nicht. Gerade der Arbeiter hat Anspruch auf Obst und Essen, mehr als Drahnen, die nicht wissen, wie sie ihren Gatten füttern.“

Die Dame ist ohne Gruß davongegangen und in ihr Auto gestiegen.

Ein kleiner Dreifäsehoch: „Na Paulchen, Was hast du denn?“

„Einen schönen Gruß von meinem Vater, bei uns läßen die Winterkohl- und Rosenkohlplantzen ganz dick voll zu läuße. Was wir tun sollten!“

„Da nimm deinem Vater einmal die Pflänzchen Venetian mit. Er soll den halt in 5 Liter Wasser lösen. Wenn er das mit zweimal gespritzt hat, sind die Kahl fort.“

„Was kostet das?“

„Na, Paulchen, das mache ich schon meinem Vater ab. Schönen Gruß.“

Der Apotheker zeigt eine vollständig reife Melan bedeckte Traube vor.

„So sehen alle meine Trauben aus. Was ist zu machen?“

„Abschneiden und verbrennen.“

„Dho, da bekomme ich ja keine Trauben.“

„Die bekommen Sie auch nicht, wenn Sie dran bleiben. Die Krankheit ist schon zu weit. Im Anfang hätten Sie diese durch Schwefeln zurückhalten können.“

„Au, au! Leben Sie wohl!“

Die Behandlung der Beerensträucher nach der Ernte.

Vielfach werden die Beerensträucher recht tiefmütterlich behandelt. Durch ihre fast regelmäsig einsehende Fruchtbarkeit herrscht noch oft die irrige Meinung, daß eine besondere Pflege bei ihnen überhaupt überflüssig sei. Aber auch hier erhebt eine sachgemäße Behandlung wesentlich den Ertrag und hat Einfluß auf Größe und Güte der Früchte, Vorteile, die die geringe Mühe der Pflege reichlich lohnen.

Schon bald nach der Ernte verlangt der beim Pflücken festgetretene Boden eine Auflöderung, daß Luft und Feuchtigkeit den Wurzeln ungehindert eindringen können. Dabei ist das Düngen nicht zu vergessen. Allerdings darf hierzu, um den Sträuchern nicht zu schaden, nur verrotteter Mist oder Komposterde verwendet werden. Dadurch wird die Bildung des Humus gefördert, der wiederum die wasserhaltende

